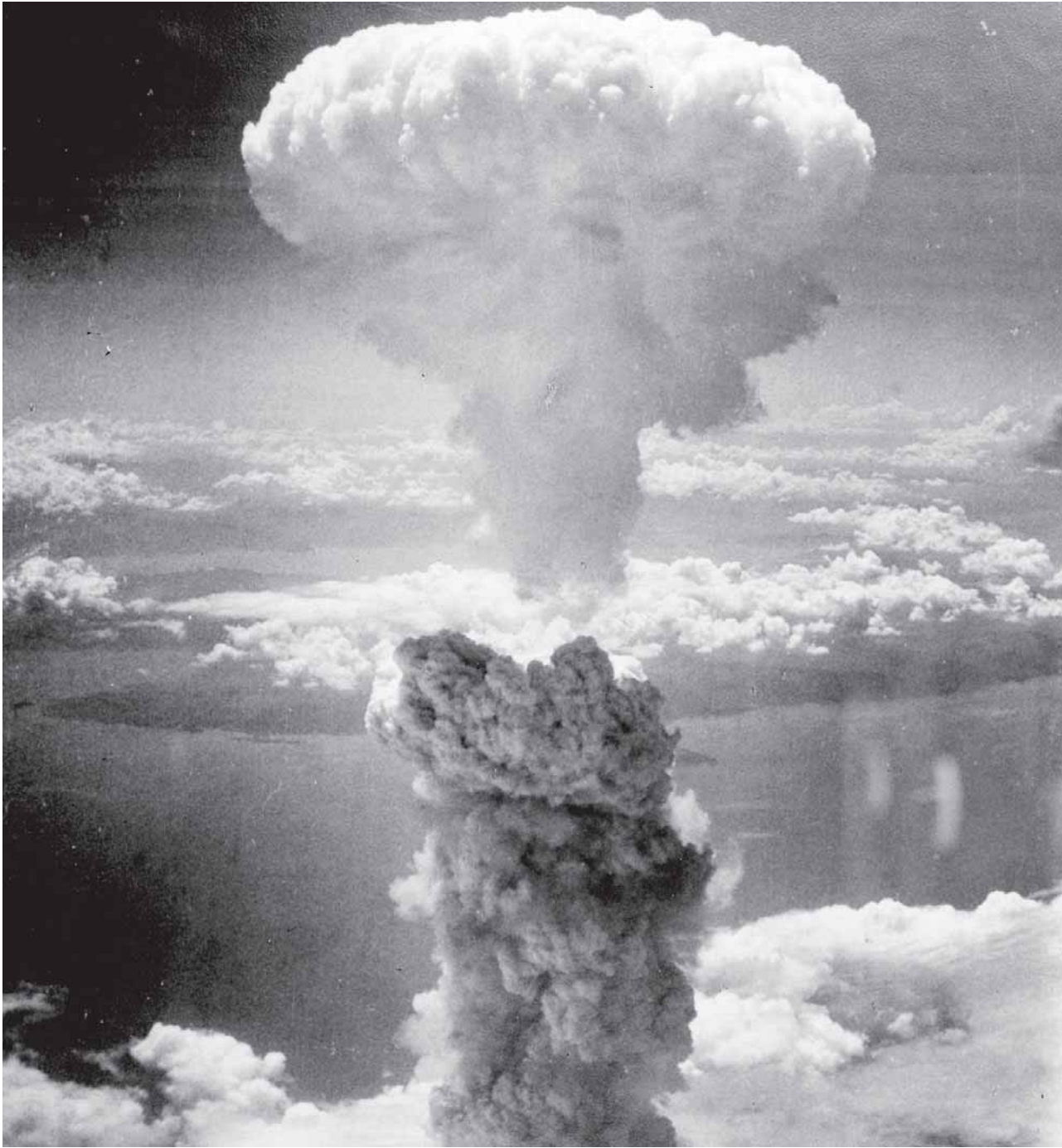


Unsere Welt



Atombombenabwurf mit einer Boeing B-29 Superfortress auf Nagasaki am 9. August 1945. Der Atompilz stieg 18 km hoch. (Foto: US-Verteidigungsministerium)

Die Lügen von Hiroshima sind die Lügen von heute

Kaschierter Massenmord

In einem Artikel für den Guardian zum Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima am 6. August 1945, weist John Pilger auf das Lügengebilde hin, das sich von Hiroshima bis zu den Kriegen von Heute und dem drohenden Angriff auf den Iran gehalten und entwickelt hat.

Von John Pilger

Als ich im Jahr 1967 das erste Mal nach Hiroshima kam, war der Schatten auf der Treppe noch da. Es war der fast vollkommene Abdruck eines unbefangenen Menschen: Die Beine gespreizt, der Rücken leicht gebeugt, die eine Hand an der Seite, als warte er auf die Öffnung der Bank. Um 08.15 Uhr, an jenem Morgen des 6. August 1945, wurden er und seine Silhouette in den Granit gebrannt. Ich starrte den Schatten für eine Stunde oder mehr an, dann ging ich zum Fluss hinunter und traf einen Mann namens Yukio, auf dessen Brust sich das Muster des Hemdes eingätzt hatte, welches er beim Abwurf der Atombombe trug.

Er und seine Familie lebten noch in der Hütte, die mitten im Staub der ato-

maren Wüste hastig errichtet worden war. Er beschrieb einen grossen Blitz über der Stadt, «ein bläuliches Licht, wie ein elektrischer Kurzschluss», danach wehte ein Wind in der Stärke eines Tornados und schwarzer Regen fiel. «Ich wurde auf den Boden geworfen und bemerkte, dass von meinen Blumen nur noch die Stengel übrig waren. Alles war still und ruhig, und als ich aufstand, sah ich nackte, stumme Menschen. Einige von ihnen hatten keine Haut mehr oder keine Haare. Ich war überzeugt, tot zu sein.» Neun Jahre später, als ich zurückkam, um Yukio zu suchen, war er an Leukämie gestorben.

Journalistische Abdankung
In der Zeit unmittelbar nach dem Bombenabwurf verboten die Behör-

den der alliierten Besatzung jegliche Erwähnung der Strahlenkrankheit und bestanden darauf, dass die Opfer allein durch die Bomben-Explosion getötet oder verletzt worden waren. Es war die erste grosse Lüge. «Keine Radioaktivität in den Ruinen von Hiroshima», titelte die New York Times, ein klassisches Beispiel von Desinformation und journalistischer Abdankung, die erst der australische Reporter Wilfred Burchett mit seinem Scoop des Jahrhunderts zurecht rückte. «Ich schreibe dies als eine Warnung an die Welt», berichtete Burchett im Daily Express, nachdem er sich als erster ausländischer Korrespondent auf einer gefährlichen Reise bis nach Hiroshima durchgeschlagen hatte. Er beschrieb Krankenstationen mit Menschen ohne sichtbare Verletzungen, die an der von ihm so genannten «atomaren Pest» dahinstarben. Weil er diese Wahrheit aussprach, wurde ihm die Presse-Akkreditierung entzogen, er

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

33. Jahrgang
Nr. 3 – 2010
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Indigene Völker: Resolution an den IPPNW-Kongress	2
Israel: Die Botschaft der Bulldozer	3
Jean Ziegler: Bürgerrechte nutzen	4
Kuba: Mariela Castro Espín im Gespräch	5
Aegis: Geht Basel über Leichen?	6
Osteuropa: Extreme Rechte rückt vor	7
Vietnam: Basler Arzt hilft Kindern	8

19. IPPNW-Weltkongress in Basel beendet

Atomare Epidemie

Der 19. Weltkongress der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) ist am 29. August in Basel zu Ende gegangen. 800 Ärzte und Medizinstudierende aus 60 Ländern und fünf Kontinenten haben die Prävention eines Atomkrieges zu ihrer vordringlichsten Aufgabe erklärt. Neben der Klimaveränderung gehe von den Atomwaffen die drängendste Gefahr für Gesundheit und Sicherheit der Menschheit aus.

Die IPPNW unterstützt laut Presseerklärung zum Abschluss ihres Kongresses die Umsetzung des neuen START-Vertrages zwischen den USA und Russland als bescheidenen Schritt auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Zudem müsse ein umfassender Atomwaffenteststoppvertrag (CTBT) in Kraft treten, ein längst überfälliger Schritt. Andere wichtige Meilensteine wären der Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Europa, ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material, die Rücknahme der Atomwaffen aus höchster Alarmbereitschaft, ein Stopp der Modernisierung von Atomwaffen und die Auflösung der Infrastruktur für ihre Produktion und Tests. Die IPPNW fordert die Atomwaffenstaaten auf, diese Schritte umgehend umzusetzen. Zudem unterstützt die Ärzteorganisation alle Bestrebungen zur Einrichtung atomwaffenfreier

Zonen im Mittleren Osten und in Europa.

«Wir müssen ein neues Zeitalter einläuten und die Atomwaffen für ungesetzlich erklären», hatte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey bei der Eröffnungsveranstaltung gesagt. Viele Atomwaffen seien weiterhin in höchster Alarmbereitschaft und könnten innerhalb von Minuten abgefeuert werden. Das Schreckgespenst eines zufällig oder willentlich ausgelösten Atomkrieges könne jederzeit reale Formen annehmen. Selbst regional eingesetzte Atomwaffen hätten verheerende Auswirkungen auf das Weltklima und die Nahrungsmittelproduktion.

Die Schweiz unterstützt die von der IPPNW geforderte Nuklearwaffenkonvention als konkreten Vorschlag zur schrittweisen Umsetzung von Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags

Fortsetzung auf Seite 2

Brand bei der UBS

Ende August erklärte Oswald Grübel der Welt: «Die UBS suchte eine globale Sponsoringplattform, die unsere Kunden anspricht und unseren Brand weltweit vermarktet.» Man habe den idealen Partner gefunden, dieser würde gleichermassen in Europa, Asien/Pazifik, Lateinamerika und im Nahen Osten vertreten sein. Gemeint ist ein Engagement in der Königsklasse des Motorsports, in der Formel 1. Mit «Engagement» sind natürlich nicht irgendwelche humanitären Freiwilligen-Einsätze gemeint, sondern Zahlungen von nicht bezifferten Millionenbeträgen. Als Gegenleistung wird der UBS eine ganzjährige Logo-Präsenz während den TV-Übertragungen garantiert und sie darf mit ihrem Brand an den Formel 1 Rennen anwesend sein. Mit «Brand» sind nicht etwa die vielen Motorenbrände und Unfälle auf der Rennstrecke gemeint, vielmehr handelt es sich dabei um einen modernen Marketingbegriff, der die enge Verbindung einer Marke mit ihren Produkten meint.

Ebenfalls Ende August ist aus der Chef-Etage der Grossbank eine ganz andere Sache publik geworden. Eine Kundin wollte einen Spendenbetrag an eine Schweizer Hilfsorganisation (Urgance Palestine-Vaud) nach Palästina überweisen. Die UBS weigerte sich die Transaktion auszuführen. Auf Anfrage bestätigte Bank-Sprecher Serge Steiner gegenüber der Presse, dass sich die UBS in den Palästinensergebieten nicht mehr «engagiere». Auch weitere Länder oder Gebiete seien auf eine schwarze Liste gesetzt. Sieht so aus als sei die UBS aus Palästina mit ihrem «Brand» stiften gegangen.

Deswegen, den Formel1-Fan Grübel als «Brand»-Stifter zu bezeichnen ist wahrscheinlich verboten.

Die weltweite Friedensbewegung jedoch dürfen Sie jederzeit als Brandbekämpfer benennen. Bitte unterstützen Sie unser Engagement mit einer Spende:

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PostFinance Konto 40-1627-7

Ruedi Moser
Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1
wurde an den Pranger gestellt und verurteilt – und bestätigt.

Der Abwurf der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki war eine kriminelle Handlung von epischer Breite, ein vorsätzlicher Massenmord, entfesselt durch eine Waffe von wahrhaft verbrecherischem Ausmass. Kein Wunder, dass ihre Apologeten Zuflucht suchten im Mythos des ultimativen «guten Krieges», dessen «ethisches Bad», wie Richard Drayton es nannte, dem Westen nicht nur erlaubte, seine blutige imperiale Vergangenheit zu sühnen, sondern im Schatten der Bombe während weiterer 60 Jahre räuberische Kriege zu führen.

Zählebige Lügen

Am längsten gehalten hat sich die Lüge, die Atombomben seien abgeworfen worden, um den Krieg im Pazifik zu beenden und Menschenleben zu retten. «Auch ohne den atomaren Bombenangriff», analysierte der «United States Strategic Bombing Survey» von 1946, «hätte die Lufthoheit über Japan genügend Druck ausgeübt, um die bedingungslose Kapitulation zu erzwingen und eine Invasion zu vermeiden. Basierend auf einer detaillierten Untersuchung aller Fakten und gestützt durch die Aussage der überlebenden japanischen Führer, kommen wir zum Schluss, dass sich Japan ergeben hätte, selbst wenn die Atombombe nicht eingesetzt, Russland nicht in den Krieg eingetreten und keine Invasion geplant oder in Aussicht gestellt worden wären.»

Die Nationalen Archive in Washington bewahren Dokumente der US-Regierung auf, welche japanische Friedensangebote bereits 1943 erwähnen. Auf keines dieser Angebote wurde eingetreten. Ein Kabel, das der deutsche Botschafter am 5. Mai 1945 nach Berlin schickte und das von den USA abgefangen worden war, räumte jede Ungewissheit darüber aus, dass die Japaner verzweifelt nach einem friedlichen Ausweg suchten, selbst wenn die «Bedingungen zur Kapitulation hart ausfallen würden». Statt dessen sagte US-Kriegsminister Henry Stimson zu Präsident Truman, er «befürchte», die Luftstreitkräfte der USA würden Japan dermassen zerbomben, dass die neue Waffe nicht mehr in der Lage wäre, «ihre Wirkung zu zeigen».

Später gab er zu, dass «keine Anstrengungen unternommen oder ernsthaft in Erwägung gezogen worden sind, den Einsatz der Atombombe zu vermeiden.» Seine Kollegen von der Aussenpolitik waren gierig darauf, «die Russen mit der Waffe einzuschüchtern, die wir ostentativ um die Hüfte geschwungen hatten.». General Leslie Groves, Leiter des Manhattan Projektes, welches die Bombe entwickelt hatte, sagte aus: «Ich selbst hatte nie irgendwelche Illusionen darüber, dass Russland unser Feind war und das Projekt auf dieser Grundlage durchgezogen wurde.» Am Tag nachdem Hiroshima ausgelöscht worden war, äusserte Präsident Truman seine Zufriedenheit mit dem «überwältigenden Erfolg» des «Experimentes».

Gleiches Schema

Seit 1945 standen die Vereinigten Staaten offenbar mindestens dreimal kurz davor, Atomwaffen einzusetzen. Im gegenwärtigen getürkten «Krieg gegen den Terror» haben die jetzigen Regierungen in Washington und London ihre Bereitschaft erklärt, gegen Staaten ohne Atomwaffen einen «Präventivschlag» mit nuklearen Mitteln zu führen. Mit jedem Stunden-schlag, der uns näher an die nukleare Katastrophe rückt, werden die Rechtfertigungs-Lügen immer empörender. Iran ist die aktuelle «Bedrohung». Aber der Iran verfügt über keine Atomwaffen und die Desinformation, dass das Land auf ein nukleares Arsenal hin arbeitet, stammt grösstenteils aus einer von der CIA-gesponserten,

diskreditierten iranischen Oppositionsgruppe, der MEK – genau so, wie die Lügen über Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen ihren Ursprung im Irakischen Nationalkongress hatten, der von Washington eingesetzt worden war.

Die Rolle der westlichen Medien im Aufbau dieser Chimäre ist bedenklich. Dass nach Meinung des militärischen Geheimdienstes der USA Iran sein Atomwaffenprogramm «mit höchster Wahrscheinlichkeit» bereits im Jahr 2003 aufgegeben hat, ist in den Schwarzen Löchern der Gedächtnisse verschwunden. Dass der iranische Präsident Mahmud Ahmadine-schad nie damit gedroht hat, Israel «von der Landkarte zu tilgen», ist nicht von Interesse. Aber diese «Tatsache» wurde von den Medien derart als Mantra wiederholt, dass Gordon Brown auch in seinem jüngsten, unterwürfigen Auftritt vor dem israelischen Parlament darauf anspielte, als er Iran bedrohte.

Das Fortschreiten der Lügen hat uns zu einer der gefährlichsten nuklearen

Krisen seit 1945 geführt, weil dadurch in westlichen Kreisen des Establishments und entsprechend in den Medien über die eigentliche Bedrohung geschwiegen wird: Es gibt nämlich nur eine wuchernde Atommacht im Nahen Osten, und das ist Israel. Heldenhaft versuchte der Israeli Mordechai Vanunu 1986, die Welt mit ausser Landes geschmuggelten Beweisen über den israelischen Bau von mehr als 200 Atomsprengköpfen zu warnen. In Missachtung sämtlicher UNO-Resolutionen brennt Israel heute klar darauf, den Iran anzugreifen, weil es befürchtet, dass eine neue US-Regierung – wenn auch nur vielleicht – echte Verhandlungen mit einem Land aufnehmen könnte, das vom Westen seit dem Sturz der iranischen Demokratie im Jahr 1953 geschändet worden ist.

Nichts gewusst?

In der New York Times vom 18. Juli drohte der ehemals als liberal eingeschätzte und heute als Berater des politischen und militärischen Establish-

ment seines Landes wirkende israelische Historiker Benny Morris, Iran eine «nukleare Wüste» an. Dies wäre gleichbedeutend mit Massenmord. Für einen Juden muss die Ironie schreiend sein.

Stellt sich die Frage: Ist der Rest von uns zu blossen Zuschauern geworden und werden wir dereinst wie die guten Deutschen sagen: «Wir haben das nicht gewusst!»? Werden wir uns immer mehr verstecken hinter dem «selbstgerechten Filter einer einseitig moralisch-rechtlichen Sicht der positiven westlichen Werte und ihrer bedrohten Unschuld, die einen Feldzug uneingeschränkter politischer Gewalt rechtfertigt» (Richard Falk)? Kriegsverbrecher zu fangen ist wieder in Mode. Radovan Karadzic sitzt auf der Anklagebank, aber weder Sharon noch Olmert, weder Bush noch Blair. Warum nicht? Die Erinnerung an Hiroshima verlangt nach einer Antwort.

Mit Dank an William Blum (Aus dem «Guardian»), Übersetzung aus dem Englischen von Martin Schwander)



40 junge Mediziner aus der ganzen Welt starteten am 14. August 2010 in Düsseldorf die internationale Fahrradtour Biking against Nuclear Weapons (Radeln gegen Atomwaffen). Von dort pedaltten sie in den folgenden 11 Tagen mehr als 700 km durch Deutschland, Frankreich und die Schweiz. Ziel der Tour war der Weltkongress der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) in Basel.

Mit der Tour wollten die jungen Menschen aus Russland, den USA, Indien, Ägypten, Nigeria, Ecuador, Nicaragua, Portugal, den Philippinen, Australien und vielen anderen Ländern darauf aufmerksam machen, dass 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges immer noch Atomwaffen in Europa stationiert sind und eine enorme Gefahr für die Bevölkerung darstellen: Im Jahr 2010 trainieren Bundeswehrpiloten weiterhin den Abwurf von Atombomben über russischen Städten, französische und britische Atom-U-Boote patrouillieren in der Nordsee und in Russland stehen Atomraketen, die auf Westeuropa gerichtet sind. Dies ist ein Zustand, den diese jungen Mediziner nicht länger hinnehmen wollen.

In Basel sprachen die jungen Mediziner auf dem Marktplatz mit Passanten und sammelten Unterschriften unter ihren Aufruf für ein atomwaffenfreies Europa. Auf dem Bild: der Australier Mysha Byrne. Foto ippnw

IPPN-Weltkongress...

Fortsetzung von Seite 1
ges. «Eine Nuklearwaffenkonvention, die die Atomwaffenstaaten auffordert, ihr Arsenal abzurüsten, und den Erwerb von Atomwaffen für alle Staaten verbietet, ist der effektivste und praktikabelste Weg eine humanitäre Katastrophe zu verhindern», heisst es in einem IPPNW-Statement zum Kongress. Abrüstung sei eine notwendige Voraussetzung für Frieden und Sicherheit. Das Wort nukleare Abschreckung sei zudem ein Euphemismus für die Bedrohung, ganze Völker auszulöschen – die Annahme sie könne niemals versagen, eine Illusion, so die IPPNW-Ärzte.

«Wären Atomwaffen ein tödlicher Virus, der Hunderte von Menschen krank macht und tötet – die Welt würde keine Kosten und Mühen scheuen, den Virus einzudämmen und ihn auszumerzen», heisst es in der IPPNW-Erklärung. Die Folgen eines Atomkrieges seien ungleich folgenschwerer als die einer Pandemie. Die Atomwaffen abzuschaffen, sei eine ungleich leichtere Aufgabe. Dafür brauche es aber den politischen Willen

zur Abrüstung der Atomwaffen und die Durchsetzungskraft, diesen Beschluss umzusetzen.

Auf dem Kongress wurde zudem deutlich, dass die ungleiche Verteilung von Wohlstand und eine entfesselte Marktwirtschaft ein wesentlicher Faktor der Destabilisierung ist und weltweite Konflikte anheizt. Die atomare Kette ist – angefangen mit dem Uranabbau über den Betrieb von Atomkraftwerken und der «Endlagerung» von Atom Müll bis hin zur Produktion und dem Einsatz von Atomwaffen – mit erheblichen Gefahren für Gesundheit und Leben der Menschheit verbunden.

(IPPNW-Erklärung auf Englisch: <http://ippnwbasel.wordpress.com/2010/08/26/statement/>)

Uranabbau ächten

Im Anschluss an ihren Kongress haben die internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs in Basel auf einer Sitzung ihres internationalen Rats eine Resolution zur Ächtung von Uranabbau und der Produktion von Yellowcake (Uranoxid) verabschiedet. Beide Verfahren werden in der

Resolution als «unverantwortlich» und als «ernsthafte Bedrohung für Gesundheit und Umwelt» beschrieben.

Die Resolution bezeichnet Uranabbau und die Produktion von Yellowcake ausserdem als eine «Verletzung der Menschenrechte». Das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung, auf den Schutz der Menschenwürde und auf sauberes Wasser sind nach Ansicht der Ärzte nur einige der Menschenrechte, die durch Uranabbau und seine Weiterverarbeitung verletzt werden.

Ausstieg aus Atomenergie beschleunigen

Die Resolution ist ein Resultat der am 26. August 2010 in Basel tagenden Konferenz «Sacred Lands, Poisoned Peoples» über Uranabbau. Aktivisten aus allen Hauptfördergebieten der Welt, viele davon Repräsentanten indigener Völker, hatten sich über Gesundheitsfolgen und Umweltschäden ausgetauscht. In der Folge haben Delegierte der deutschen und der Schweizer IPPNW Sektionen die Re-

Resolution an den IPPNW-Weltkongress

In der heutigen Zeit, in der die Zerstörung von Mutter Erde und der Gesundheit der Menschen durch die Erschliessung nuklearer Ressourcen immer weiter zunimmt, haben sich Repräsentanten indigener Völker auf dem Vorkongress «Sacred Lands, Poisoned People» getroffen und sich über ihren Widerstand gegen Uranabbau ausgetauscht. Von Kanada und den USA bis Niger, Mali, Namibia, Tansania und Malawi, von Russland und Deutschland, über Australien bis Brasilien und Indien – Völker aus der ganzen Welt, die sich mit den Folgen dieser tödlichen Industrie konfrontiert sehen, haben sich hier zusammengefunden.

Vergangene, gegenwärtige und zukünftige Generationen indigener Völker sind überdurchschnittlich betroffen von Uranabbau, Atomwaffen und der Atomindustrie. Die nukleare Produktionskette führt zu einer radioaktiven Verseuchung der Menschen, des Landes, der Luft und des Wassers. Sie bedroht unsere Existenz und die zukünftiger Generationen. Uranabbau, die Weiterentwicklung von Atomenergie und internationale Abkommen, die die nukleare Produktionskette fördern, verletzen Menschenrechte und das Recht von Mutter Erde auf eine unversehrte Natur. Sie gefährden unser Überleben und unser Recht auf eine eigene Spiritualität, die ohne eine intakte Umwelt nicht gelebt werden kann.

Die gefährlichen gesundheitlichen Auswirkungen radioaktiver Strahlung beginnen mit dem Abbau von Uran. Wir bekräftigen hiermit die Erklärung des World Uranium Hearings in Salzburg von 1992, dass Uran und seine radioaktiven Zerfallsprodukte in der Erde verbleiben müssen. Und wir erklären unsere Solidarität mit all jenen, die für ein Ende des Uranabbaus und seiner Weiterverarbeitung sowie gegen den unverantwortlichen Umgang mit radioaktivem Abfall, Atomenergie und Atomwaffen eintreten.

Wir setzen uns voll und ganz ein für eine atomfreie Zukunft für alle Völker.

(Erklärung der indigenen Delegierten des Vorkongresses «Sacred Land, Poisoned Peoples» an den 19. Weltkongress der IPPNW)

solution mit dem Aufruf zur Ächtung von Uranabbau an die IPPNW-Kongress eingebracht (siehe Kasten).

Die Ergebnisse der Konferenz in Basel zeigen, dass Uranabbau das Grundwasser kontaminiert und die Radioaktivität in den Abraumhalden, Tailings und Verdunstungsbecken verbleibt. Uran und seine radioaktiven Zerfallsprodukte sind hoch giftig. Sie greifen innere Organe und die Atemwege an. Die präsentierten wissenschaftliche Studien zeigen, dass folgende Krankheiten durch die Exposition von Radon, Uran und seine Zerfallsprodukte verursacht werden: Bronchial- und Lungenkrebs, Knochenmarkkrebs, Magen-, Leber-, Darmkrebs, Krebs der Gallenblasen, der Nieren und der Haut, Leukämie und andere Bluterkrankungen, psychische Störungen und Geburtsfehler.

Die IPPNW sieht die Verbindung zur Weiterbreitung von Atomwaffen als besonders relevant für ihre Arbeit. Ein Ende von Uranabbau würde ausserdem den Ausstieg aus der Atomenergie beschleunigen und die Dringlichkeit eines Umstiegs auf Erneuerbaren Energien verstärken.

Israels «Grussbotschaft» zu Beginn des Ramadan

Die Botschaft der Bulldozer

Es wird weiter an jüdischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet gebaut. Das so bejubelte «Einfrieren (freeze) der Siedlungen» war nichts als eine kurze Baupause. Laut des August-Reports von «Peace Now Settlement Watch» hat Israel allein seit Beginn des «Einfrierens» mit dem Bau von mindestens 600 neuen Hauseinheiten, in über 60 verschiedenen Siedlungen, begonnen.

Von Jeff Halper

Einen Tag vor Beginn des Ramadan, des heiligen Monats der Muslime, rückten die Bulldozer um halb Drei in der Frühe an. Die Arbeiter – geschützt durch mehrere Dutzend Polizisten – kamen auf Anordnung der israelischen Behörden. Sie sollten die Grabsteine im letzten noch verbliebenen Teil des Mamilla-Friedhofs zerstören. Mamilla ist ein historischer Friedhof des Islam, dessen Grabsteine teilweise noch aus dem 7. Jahrhundert stammen. Dieser Teil der Stätte war bis anhin nicht angetastet worden. Die israelischen Regierung war sich der historischen Bedeutung und Heiligkeit des Ortes stets in vollem Masse bewusst. Bereits 1948, als Israel Kontrolle über den Friedhof erlangte, anerkannte das Israelische Ministerium für Religiöse Angelegenheiten, dass der Mamilla «einer der prominentesten muslimischen Friedhöfe» ist, «auf dem 70 000 muslimische Krieger der Armeen (Sultan Saladins) sowie viele islamische Gelehrte beerdigt liegen. Israel wird diese Stätte stets zu schützen und zu achten wissen». Dennoch – und obwohl es (zurecht) zu einem Aufschrei der Empörung kommt, sobald irgendwo auf der Welt ein jüdischer Friedhof geschändet wird –, wurde der Mamilla-Friedhof systematisch zerstört. In den 60er Jahren wurde ein Teil des Friedhofes für den so genannten «Unabhängigkeitspark» überbaut. Später wurde eine öffentliche Strasse durch den Friedhof gezogen. Über einigen Gräbern wurden schwere Stromkabel verlegt. Dann wurde auf einem anderen Teil des Friedhofes ein Parkplatz angelegt, und nun also wurden, in mehreren nächtlichen Operationen, die einem Alptraum glichen, rund 1500 muslimische Gräber abgeräumt, um Platz zu schaffen für das «Museum der Toleranz und Menschenwürde» (Museum of Tolerance and Human Dignity) des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles – das \$100 Millionen kosten wird. (Ironischerweise trat der Leiter des Wiesenthal-Zentrums, Rabbi Marvin, hier bei «Fox News» auf, um zu erklären, er sei gegen den Bau einer Moschee nahe des «Ground Zero», denn der Ort des Anschlags vom 11. September sei «ein Friedhof».)

Zwischen Netanjahus Besuch in Washington (6. Juli) und dem Beginn des Ramadan blieb Israel ein Zeitfenster von einem Monat, um «klar Schiff» zu machen – nachdem die gute, «alte», milde kritische Obama-Administration Netanjahu ein frustrierendes Verbot der Häuserzerstörungen auferlegt hatte. Natürlich gibt es keine Garantie, dass Israel nicht auch während des Ramadan zerstören wird, vor allem, um die Zeit bis zu den November-Wahlen in den USA zu nutzen, da Israel weiss, dass Obama bis dahin nicht öffentlich gegen israelische Aktionen in den Besetzten Gebieten opponieren wird. Im Grunde wurde der Prozess der Häuserzerstörungen auch nie ganz gestoppt. Im Juli vor einem Jahr wurden in Khirbet Ar Ras Ahmar (im Jordantal) 65 Gebäude abgerissen und 9 Familien (mehr als 120 Menschen, darunter 66 Kinder) vertrieben. Ein Jahr später, am 6. Juli 2010, erhielten 70 Familien aus dem gleichen Ort ihre «Räumungsanordnung» – eine neue Runde der Räumungen also. Eine Woche später ordnete der Oberste Gerichtshof von Israel an, die (israelische)

«Zivilverwaltung» solle «die Zwangsmassnahmen gegen illegale palästinensische Gebäude beschleunigen». Damit ist Gebiet C gemeint (ein Gebiet, das 60 Prozent der Westbank umfasst und unter vollständiger israelischer Kontrolle steht). Palästinensische Häuser werden nicht ohne die Zustimmung des Büros des israelischen Premierministers abgerissen. Am 13. Juli kehrte Netanjahu zurück. Kurz darauf wurden drei Wohnhäuser in Issawiya, einem palästinensischen Viertel von Ost-Jerusalem, abgerissen, anschliessend drei Wohnhäuser in Beit Hanina. Noch für diesen Monat hat die Stadtverwaltung



Junge Palästinenser wehren sich mit Steinen gegen gepanzerte Bulldozer. Foto peacenotprofit.org

von Jerusalem den Abriss von 19 weiteren Wohnhäusern in Issawija angekündigt. In der Westbank liess die israelische «Zivilverwaltung» im Gebiet Hmayer/Al Farisiye, im nördlichen Jordantal, 55 Gebäude von 22 palästinensischen Familien abreißen: 22 Wohnzelte und 33 weitere Gebäude, in denen Tiere oder landwirtschaftliches Gerät untergebracht waren. Das UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) verlautete: «In dieser Woche», vom 14. bis 20. Juli, die Woche nach Netanjahus Rückkehr aus Washington, «haben die Demolierungen in Gebiet C signifikant zugenommen. Mindestens 86 Struktureinheiten im Jordantal und im Süden der Westbank, einschliesslich der Bezirke Bethlehem und Hebron, wurden zerstört. 2010 wurden (bereits) mindestens 230 palästinensische Struktureinheiten im Gebiet C zerstört, wodurch 1100 Menschen, darunter 400 Kinder, unter Zwang vertrieben wurden. Ungefähr 600 weitere (Palästinenser) sind in anderer Weise betroffen». Zweidrittel der Zerstörungen in diesem Jahr erfolgten somit, nachdem Netanjahus sich mit Obama getroffen hatte. Über 3 000 Abrissanordnungen für die Westbank sowie bis zu 15000 für das palästinensische Ost-Jerusalem stehen noch an.

Raub der Ressourcen

Natürlich sind die Häuserzerstörungen nur ein kleiner Teil der Zerstörungen, die Israel der palästinensischen Bevölkerung Tag für Tag zumu-

tet. In den vergangenen Wochen wurde in einem der fruchtbarsten Agrarangebiete der Westbank – im Baka-Tal – eine brutale Kampagne durchgeführt. Das Tal wird ohnehin langsam aber sicher von den weitläufigen Vororten der jüdischen Siedlung Kiryat Arba/Hebron eingekreist. Hinzu kommt, dass sich Israel 85% des Wassers der Westbank aneignet: für die Siedlungen (deren Verbrauch pro Kopf fünfmal so hoch ist wie der auf palästinensischer Seite. In der jüdischen Siedlung Ma’aleh Adumim entsteht zur Zeit ein Wasserpark – zusätzlich zu den vier kommunalen Schwimmbecken und dem grossen Springbrunnen im Stadtzentrum, der ununterbrochen sprudelt). Hinzu kommt, dass Wasser nach Israel selbst geleitet wird – ein eindeutiger Verstoss gegen die Vierte Genfer Konvention, dergemäss es einer Besat-

jubelte «Einfrieren (freeze) der Siedlungen» war nichts als eine kurze Baupause. (Netanjahu hat das Wort «Einfrieren» auch nie gebraucht – vielmehr ein hebräisches Wort, das dem Begriff «Pause» entspricht.) Laut des August-Reports von «Peace Now Settlement Watch» hat Israel allein seit Beginn des «Einfrierens» mit dem Bau von mindestens 600 neuen Hauseinheiten, in über 60 verschiedenen Siedlungen, begonnen. Die Bautätigkeit entspricht in etwa 50 Prozent der durchschnittlichen Bauaktivität (im vergleichbaren Zeitraum) früherer Jahren, in denen es kein «Einfrieren» gab. Da das Erteilen von Baugenehmigungen nie aufgehört hat, lässt sich der Rückstand schnell wieder aufholen, sobald die «Freeze»-Periode Ende September vorbei sein wird. Erinnern wir uns: Als US-Vizepräsident Biden Israel besuchte, kündigte die israelische Regierung den Bau von 1600 neuen Hauseinheiten in den Siedlungen an. Laut «Haaretz» steht der Bau von circa 2700 Hauseinheiten an.

geht, gibt es keine Forderungen und keine Erwartungen, absolut nichts, was sich dem Weiterbau durch Israel entgegenstellen würde. (In diesen Tagen wird das Flüchtlingslager und die Kleinstadt Anata vollends in Jerusalem eingemauert werden, und während wir dies schreiben, verliert das Dorf Wallajah, das sich bis nach Jerusalem erstreckt, Ländereien, Wohnhäuser und uralte Olivenbäume.) Nichts hält Israel davon ab, die palästinensische Bevölkerung immer weiter einzukerkern und in die Armut zu treiben (zwanzig Jahre wirtschaftliche «Abriegelung», einschliesslich der Gaza-Blockade, haben die palästinensische Wirtschaft vollkommen ruiniert). Zudem steht nichts der Vollendung des Apartheid-Strassensystems entgegen – parallele Strassen, die sich allerdings in Breite und Qualität unterscheiden: Grosse Strassen für Israelis, die durch Palästinenserland führen und schmale Strassen für die Palästinenser. Und nichts hält Israel davon ab, Palästinenser aus ihren Wohnhäusern zu vertreiben, damit israelische Siedler einziehen können. So wurden am 29. Juli 9 Familien aus dem muslimischen Viertel in der Altstadt von Jerusalem vertrieben. Als sie von einer Hochzeitsfeier zurückkehrten, mussten sie feststellen, dass jüdische Siedler sie aus ihren Häusern ausgeschlossen hatten. Die Polizei verhinderte, dass sie wieder hinein konnten (natürlich haben Palästinenser keine rechtlichen Möglichkeiten, den konfiszierten Besitz, der ihnen seit 1948 entzogen wurde – ganze Dörfer, Kleinstädte und Stadtviertel, Farmen, Fabriken und gewerbliche Gebäude – zu reklamieren).

Kafkaeskes System

Nichts hält Israel davon ab, die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren – durch die israelische Armee oder durch Stellvertretermilizen, die von den USA gegründet und von der PA geleitet werden, um die eigene Bevölkerung ruhig zu halten. Da sind auch noch die (jüdischen) Siedler, die auf Palästinenser schiessen und deren Ernten niederbrennen, ohne eine Verhaftung befürchten zu müssen, und da sind die Undercover-Agenten, die mit Unterstützung Tausender palästinensischer Spitzel agieren (Menschen, die sich gezwungen sehen zu kollaborieren, manche vielleicht einfach, weil sie medizinische Hilfe für ihre Kinder benötigen oder ein Dach über dem Kopf). Die Vertreibungen und Myriaden administrativer Beschränkungen – ein kafkaeskes System der totalen Überwachung und Einschüchterung – tragen ihren Teil dazu bei. Niemand stellt sich der israelischen Blockade des palästinensischen Volks entgegen (das durch die von Israel kontrollierten Grenzen von der Aussenwelt abgeschnitten ist) oder jener Politik, die palästinensische Schulen und Universitäten im Endeffekt boykottiert, indem sie verhindert, dass diese richtig funktionieren können. Und um es noch einmal zu sagen, nichts, wirklich nichts, hält Israel davon ab, palästinensischen Wohnraum zu zerstören: Seit 1967 wurden 24000 Häuser in den Besetzten Gebieten abgerissen – und das Zählen geht weiter.

Vielleicht wundert man sich in den Besetzten Gebieten nicht einmal darüber, wie dieser Ramadan begrüsst wurde (Abriss der Gräber auf dem Mamilla-Friedhof). Ganz anders verhielt es sich, als am 26. Juli mehr als 1300 israelische Grenzpolizisten (die Schocktruppen der Yassam (Einheit für «Spezialoperationen» der israelischen Polizeikräfte) sowie reguläre Polizei mit Helikopter-Unterstützung das Beduinendorf al-Arakib aufsuchten, das nördlich von Beer-Sheva liegt. Das Dorf liegt innerhalb Israels; seine Bewohner/innen haben die israelische Staatsbürgerschaft. 45 Häuser wurden zerstört, 300 Personen ge-

Fortsetzung Seite 4

Es ist eine Tatsache, dass das so genannte «Einfrieren der Siedlungen» den Bau der Siedlungen nicht wirklich gestoppt hat. Doch die US-amerikanische Regierung scheint willens, sich mit Lippenbekenntnissen zufrieden zu geben – das heisst, falls diese Lippenbekenntnisse von israelischer Seite kommen. Die Palästinenser hingegen werden offen und brutal bedroht, wenn sie die Charade nicht stillschweigend über sich ergehen lassen. In der ersten Augushälfte gaben palästinensische Verhandlungsführer bekannt, die Regierung Obama habe mit dem Abbruch sämtlicher (politischer und finanzieller) Beziehungen zur Palästinenserbehörde (PA) gedroht, falls sie weiterhin auf einem echten Einfrieren der Siedlungen oder auch nur auf klaren Parametern für die Themen, die verhandelt werden sollen, bestehen sollten. (Netanjahu hingegen weigert sich, auch nur die elementaren Prinzipien der Grenzen von 1967 als Gesprächsbasis zu akzeptieren.)

Volk in Kerkerhaft

Dass solche Betonung auf das «Einfrieren der Siedlungen» gelegt wurde, wirkt sich negativ auf einen etwaigen echten Friedensprozess aus. Ebenso lenkt diese Akzentuierung davon ab, dass Israel versucht, «irreversible Fakten vor Ort» zu schaffen.

So wird also schon einem Verhandlungsprozess der Boden entzogen. Doch selbst wenn Israel das Einfrieren der Siedlungen respektieren würde, sobald es um das Thema «Mauer»



«Mutter Palästina» und der israelische Friedensplan. Zeichnung Latuff

Fortsetzung von Seite 3

waltsam vertrieben. Einer der übelsten und grotesksten Aspekte dieser Operation war der Einsatz jüdisch-israelischer Oberschüler (Freiwillige der Zivilgarde). Sie trugen die Habe ihrer Mitbürger/innen ins Freie, bevor der Abriss begann. Es gibt Berichte, wonach die Schüler ihre Opfer verächtlich behandelten und sich wie Vandalen aufführten. Auf Fotos ist zu sehen, wie die Schüler in den Möbeln herumlümmeln – vor den Augen der Besitzer. Als die Bulldozer schliesslich mit dem Abriss der Häuser begannen, jubelten die «Freiwilligen» und feierten. In der darauffolgenden Woche halfen israelische Aktivisten den ehemaligen Bewohnern, ihre Habe einzusammeln und ihre Häuser neu zu erbauen. Doch der «Jüdische Nationalfonds», die «Israelische Landbehörde», das israelische Innenministerium und die «Grüne Patrouille» des Landwirtschaftsministeriums (die unter Ariel Scharon gegründet wurde, um zu verhindern, dass die Beduinen die Wüste Negev «übernehmen») – all diese sandten die Polizei und die Bulldozer zurück in das Dorf: Es wurde ein zweites Mal abgerissen.

Rechtlos im eigenen Land

Al-Arakib ist eines von 44 «nicht anerkannten» Beduinendörfern der Negev (nur in 11 von ihnen gibt es eine rudimentäre medizinische Versorgung und rudimentäre Schulen). Es gibt dort keinen Strom und nur sehr eingeschränkten Zugang zu Wasser. Keines der Dörfer verfügt über eine asphaltierte Strasse (<http://rcuv.wordpress.com>). Dennoch ist al-Arakib ein Dorf, in dem israelische Staatsbürger/innen leben. Einige sind sogar in der israelischen Armee. Die Zerstörung arabischer Häuser innerhalb Israels ist kein neues Phänomen. Im letzten Jahr liess die israelische Regierung dreimal so viele Häuser von israelisch-arabischen Bürgern in Israel zerstören wie (Palästinenserhäuser) in den Besetzten Gebieten (den Einmarsch in Gaza, bei dem bis zu 8000 Häuser zerstört wurden, nicht mitgerechnet). Doch zeigt dieses Beispiel, dass der Begriff «Besatzung» nicht nur auf die Westbank, Ost-Jerusalem und Gaza (und die Golanhöhen) zutrifft. Die Situation der arabischen Bürger Israels ist fast genauso unsicher wie die der Palästinenser in den Besetzten Gebieten. Sie werden kaum weniger konsequent aus der israelischen Gesellschaft ausgeschlossen. Seit 1948 sind in Israel an die 1000 Grossstädte, Kleinstädte und Bauerndörfer nur für Israelis entstanden. Gleichzeitig entstand keine einzige neue arabische Ansiedlung – mit

Ausnahme von 7 Ansiedlungsprojekten für Beduinen der Negev (denen es jedoch in keinem Fall erlaubt wurde, Tiere zu halten oder Landwirtschaft zu betreiben). Die Einteilung in Zonen und bestimmte Vorschriften verbieten es den palästinensischen Bürgern Israels, sich auf 96% des israelischen Territoriums niederzulassen. Dieses Territorium ist ausschliesslich für Juden reserviert.

Heuchelei

Die Botschaft der Bulldozer ist deutlich und klar: Israel hat – zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan – eine binationale Entität geschaffen, in der die eine Hälfte der Bevölkerung (Juden) sich von der anderen (Araber) abgespalten hat. Die jüdischen Israelis haben ein Regime der permanenten Vorherrschaft institutionalisiert. Das entspricht exakt der Definition von «Apartheid». In den Wochen/Tagen vor dem Ramadan 2010 wurde diese Botschaft wieder deutlich, wenngleich mit schönen Worten kaschiert. So gab Netanjahu eine Erklärung ab, in der es hiess: «Wir nehmen diesen wichtigen Monat zur Kenntnis, während wir versuchen, direkte Friedensgespräche

mit den Palästinensern zu erzielen und (die) Friedensverträge mit unseren arabischen Nachbarn voranzutreiben. Ich weiss, Sie sind Partner bei diesem Ziel und bitte Sie um Unterstützung – sowohl im Gebet als auch durch jegliche gemeinsame Anstrengungen – um wirklich eine friedliche und harmonische Koexistenz zustande zu bringen». Auch Obama und (Hillary) Clinton übersandten Grüsse an die muslimische Welt. Obama sagte, der Ramadan «erinnert uns an die gemeinsamen Prinzipien und an die Rolle des Islam, wenn es darum geht, Gerechtigkeit, Fortschritt, Toleranz und die Würde aller Menschen zu fördern». Sowohl das Weisse Haus als auch das US-Aussenministerium werden Iftar-Mahlzeiten (Fastenbrechen im Ramadan, nach Einbruch der Dämmerung) abhalten. Doch die Bulldozer und andere Formen der Apartheid und des Abgrenzens erzählen eine andere Geschichte, eine ganz andere Geschichte.

Jeff Halper ist Anthropologe an der Universität in Beer Sheva und Koordinator des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHd).
Quelle: znet. Übersetzung Andrea Noll, Zwischentitel UW

Gespräch mit Jean Ziegler

Bürgerrechte nutzen

In seinen meinungsprägenden Büchern hat Jean Ziegler immer wieder die absurde und verbrecherische Politik des Kapitalismus gegen die Völker der Dritten Welt angeprangert. Er war Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung des UNO-Menschenrechtsrates von 2000 bis 2008. Der belgische Journalist Michel Collon hat mit ihm in Genf über die Krise, die Börse, den Hunger, Obama und Israel gesprochen.

Von Michel Collon

Hat Dich die Krise erwischt?

In ihrer Wucht, ja. Ich hätte nie gedacht, dass die Finanzstrolche die Weltwirtschaft mit dieser Geschwindigkeit ruinieren würden: 1800 Milliarden an Vermögenswerten wurden zerstört. Für die Länder der Dritten Welt ist das eine totale Katastrophe. Aber auch für die Industrieländer.

Und die Zeche bezahlen wie immer die Armen?

Ja. Am 12. Oktober 2008 trafen sich in Paris die fünfzehn Staaten der Eurogruppe. Auf den Stufen des Elysee sagten Merkel und Sarkozy: «Wir haben 1500 Milliarden Euro Guthaben freigegeben um den Selbstfinanzierungsgrad von 3 auf 5% zu erhöhen». Im selben Jahr haben die gleichen europäische Länder ihre Zu-

rungskräfte von UBS, die immer kurz vor dem Bankrott stand, unter sich Boni für vier Milliarden Schweizer Franken! Die Plünderung ist total, ebenso total wie die Unfähigkeit der Regierungen, die sich wie Söldner verhalten, die Schweiz etwa, aber nach meinen Kenntnissen auch Frankreich und Deutschland. Das ist ein ständiger Skandal. Natürlich ist die neoliberale Maske mit ihrer angeblichen Legitimität gefallen. Aber der Zynismus und die Arroganz der Banker feiern Triumphe.

Von 2000 bis 2008 warst Du Berichterstatter der Vereinten Nationen über das Problem des Hungers in der Welt. Welche Welche Bilanz kannst Du heute ziehen? Konntest etwas bewirken?

Nein. Schau Dir die Zahlen an, sie sind katastrophal. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Hunger. 47000 Menschen sterben jeden Tag den Hungertod. Eine Milliarde Menschen (d.h. einer von sechs Bewohnern) ist ernsthaft und dauerhaft unterernährt. Dabei könnte die Landwirtschaft unseres Planeten auf ihrem aktuellen Entwicklungsstand mit Leichtigkeit 12 Milliarden Menschen täglich mit je 2700 Kalorien versorgen! Hunger hat heute nichts mehr mit Schicksal zu tun. Die Kinder, die in diesem Moment, während unseres Gespräches an Hunger sterben, werden ermordet. Das ist eine Katastrophe.

Die Weltordnung des globalisierten Finanzkapitals ist tödlich: Epidemien, Tod durch Wasserverschmutzung etc. – und sie ist auch absurd: Sie tötet ohne Notwendigkeit. Was den Kampf gegen den Hunger anbelangt, ist das Scheitern hundertprozentig.

Hat sich die öffentliche Meinung wenigstens entwickelt?

Ja. Das Bewusstsein hat zugenommen. Kein einziger Mensch mehr betrachtet heute dieses tägliche Massaker als naturgegeben. Ich meine, Europa steuert, zumindest in seiner Peripherie, auf einen Aufstand des Gewissens hin. Wir brauchen einen radikalen Bruch mit dieser kannibalistischen Welt .

Während das Problem des Hungers nicht gelöst ist, wird immer mehr ausgegeben für die Kriegsführung?

2005 haben die globalen Rüstungsausgaben (ich spreche nicht von den Militärbudgets, sondern nur von den Rüstungsausgaben) zum ersten Mal die Billionen Dollar-Grenze überschritten. Das ist völliger Irrsinn.

Und die schönen Verheissungen von Obama?

Obama ist der Überdeterminierung des Imperiums unterworfen. Ich bin ihm noch nie begegnet, er ist sicher ein guter Typ, aber er steht vor einer erschreckenden Realität. Die USA sind weiterhin die grösste Industriemacht der Welt. 25% aller Industriegüter werden dort produziert, in erster Linie mit Erdöl als Rohstoff: 61% dieses Erdöls, um die 20 Millionen Barrel, werden täglich importiert. Diese Importe stammen beispielsweise aus Zentralasien, was die USA zwingt, eine vollkommen überdimensionierte Armee zu unterhalten und das Bundesbudget durch den Militärhaushalt vollkommen zu untergraben. Aber so ist die Logik des Imperiums.

Was meinst Du zur gegenwärtigen Situation in Israel und zu ihrer weiteren Entwicklung?

(...) Der Staat Israel folgt gemäss Aussagen eines Sonderberichterstatters über die besetzten Gebiete einer ständigen Politik des Staatsterrorismus. Solange dieser Terrorismus weitergeht, wird es weder Frieden im Mittleren Osten geben, noch eine Beendigung des Konfliktes zwischen dem Iran und Irak, überhaupt nichts.

Alles ist hoffnungslos, ausser die Europäische Union wacht endlich auf, verstehst Du?

Was können wir Europäer denn tun, um die EU aufzuwecken?

Seit Juni 2002 besteht zwischen Israel und 27 Ländern der Europäischen Union, die zusammen 62% des israelischen Exportes absorbieren, ein Freihandelsabkommen. In dieser Vereinbarung besagt Artikel 2 (wie in allen Freihandelsabkommen): Die Achtung der Menschenrechte durch die Vertragsparteien ist eine Voraussetzung für die Gültigkeit der Vereinbarung. Aber die Gewalt gegen die Palästinenser – Landraub, permanente Folter, aussergerichtliche Hinrichtungen, Ermordungen, die herbeigeführte Unterernährung als Kollektivstrafe – all das sind anhaltenden Verletzungen der grundlegendsten Menschenrechte. Wenn die Europäische Kommission für 15 Tage das Freihandelsabkommen aussetzen würde, fänden die israelischen Generäle sofort zur Vernunft zurück. Nun, das Europa der 27, das sind Demokratien, also ist es an uns zu handeln, an der Öffentlichkeit.

Und wie?

Wir müssen unsere Regierungen zwingen. Wir sind nicht machtlos. In Belgien gibt es viele Probleme, ebenso in der Schweiz und in Frankreich. Aber eins ist sicher: die bürgerlichen Freiheiten existieren. Wir müssen uns dieser Bürgerrechte bemächtigen, um unseren Regierungen einen radikalen Politikwechsel aufzuzwingen. Das ist alles. Wenn sie diesen Wechsel nicht vollziehen, werden wir sie nicht wiederwählen, so einfach ist das!

Aber alle diese Regierungen unterstützen Israel. Ob zum Beispiel in Frankreich die Bürgerlichen oder die SP: in der Unterstützung von Israel sind sie sich einig.

Für die Sicherheit und die Dauerhaftigkeit Israels einzustehen, ist das ein. Aber diese Komplizenschaft mit dem Staatsterrorismus und der Siedlungspolitik ist einfach unmöglich. Sie bedeutet die Negation unserer Werte und ist eine Art ist «Faschismus nach aussen»: Innerhalb unserer Grenzen sind unsere Werte demokratisch und ausserhalb praktizieren wir Faschismus durch Allianzen.

Und schliesslich die Rolle der Medien?

Die Medien haben sich vollkommen unterworfen. Gerade in Zeiten der Krise fürchten Journalisten um ihren Job. Die Aggressivität der israelischen Lobby ist grauenhaft. Ich selbst wurde Opfer der übelsten Verleumdungen und das geht in den Vereinten Nationen weiter. Das ich dort überleben konnte, verdanke ich Kofi Annan. Israel ist eine Gefahr für den Weltfrieden, bewirkt schreckliches Leid. Oppositionelle wie Warschawski sind in diesem Land vollständig marginalisiert. Aber wenn die israelische Opposition, wenn die antikolonialen und antiimperialistischen Kräfte dort keine Stimme, keinen Einfluss erhalten, steuern wir auf die Katastrophe zu. Wir müssen die israelische Opposition unterstützen.

Und im Bezug auf die Krise?

Die Medien stellen die Krise als Zwangsläufigkeit dar, als Naturkatastrophe. Dabei sind die Verantwortlichen längst identifiziert!

(Quelle: michelcollon.info. Übersetzung aus dem Französischen von Martin Schwander. Leicht gekürzt.)

Mariela Castro Espín im Gespräch mit «Unsere Welt»

Vom Kampf gegen Stereotypen

Die Stärke einer Gesellschaft misst sich nicht zuletzt in ihrem Umgang mit Minderheiten. Eine derartige Minderheit stellen auf Kuba etwa die Transsexuellen dar, Menschen also, deren geschlechtliche Identität nicht dem Geschlecht entspricht, mit welchem sie geboren wurden. Die Kubanerin Mariela Castro Espín hat auf einer Reise durch die Schweiz über den Kampf der Transsexuellen, aber auch der Schwulen und Lesben ihres Landes gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung berichtet.

Von Martin Schwander

Unermüdlich gibt sie Auskunft, die 48jährige Direktorin des CENESEX, des Kubanischen Zentrums für Sexualerziehung. Die Journalisten drücken sich die Klinke in die Hand, um aus prominentem Mund zu erfahren, wie denn nun die Situation auf Kuba sei, welchen Wandel sie, die Tochter des kubanischen Staatspräsidenten und Nichte von Fidel, sich wünschen würde. Zur Pressefreiheit wird sie befragt, zur kubanischen Opposition, zur Lage der Menschenrechte, zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zur angeblichen Rivalität zwischen Vater und Onkel.

Sie nimmt die Fragen gelassen, beantwortet sie freundlich und bestimmt, die Routine schimmert durch: «Es gibt kaum Fragen, die mir noch nie gestellt worden sind». Einzig beim Fragespiel eines lokalen Radiosenders kommt sie kurz ins Stocken. Welches Datum etwa ihr spontan in den Sinn komme, was sie mit Kuba assoziiere, an welches Gedicht sie sich erinnern könne. Zur Frage, was Besonderes sie mit ihrer Studienzeit verbinde, überlegt sie lange. «Das Studium hat mir eine Unmenge an Wegen offen gelegt», meint sie zunächst. Später kommt sie darauf zurück: «Ein Ereignis, das mich geprägt hat, gleich zu Beginn meines Studiums, war die Diskriminierung von Schwulen durch meine Mitstudenten. Das hat mich revoltiert und ich wäre deswegen auch fast aus dem Kommunistischen Jugendverband ausgetreten.»

Kontinuierliche Sexualerziehung

Das war in den 80er Jahren. Seither hat sich auf Kuba einiges verändert, nicht zuletzt dank Mariela Castro Espín und der Arbeit des CENESEX. Auch wenn heute das Zentrum für Sexualerziehung in erster Linie mit der Situation von kubanischen Homosexuellen und Transsexuellen assoziiert wird, ist sein Ursprung breiter angelegt. «Eigentlich reichen die Wurzeln des CENESEX in die 60er Jahre, als der Kubanische Frauenverband FMC die Kubanerinnen für den Kampf um die Gleichberechtigung zu organisieren begann und die Frauen darin unterstützte, sich auch wirtschaftlich von den Männern zu emanzipieren», erläutert Mariela im Gespräch mit der UW die Geschichte ihres Zentrums. «Die Frauen wurden motiviert, sich am Prozess des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandels aktiv zu beteiligen, sich einzumischen. Gleichzeitig begann man sich um ihre spezifischen gesundheitlichen Bedürfnisse zu kümmern.» Mit einem bescheidenen Programm wurde den Frauen mittels Vorträgen mehr Kenntnisse über sich selbst vermittelt, über die Funktion der Reproduktion, über Prävention usw. «Und so kam auch die Frage nach kontinuierlicher Sexualerziehung auf. Die Frauen forderten, dass sie in der Sexualerziehung ihrer Kinder unterstützt würden, damit diese später nicht dieselben Probleme hätten wie sie selbst.»

1974 verabschiedete der Frauenverband unter dem Vorsitz von Marielass Mutter Vilma eine entsprechende Resolution, und nur ein Jahr später wurde die Sexualerziehung durch die Beschlüsse des 1. Parteitags der Kommunistischen Partei Kubas institutionalisiert.

«Die Sexualerziehung wurde multidisziplinär und intersektoriell angegangen», unterstreicht die gelernte Kindergärtnerin und spätere Sexualpädagogin und Uniprofessorin. «Multidisziplinär, weil die Sexualität nicht von einer einzigen wissenschaftlichen Disziplin aus betrachtet werden kann, und intersektoriell, weil die Sexualerziehung in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft liegt.» Eingebunden wurden in die Ausarbeitung eines entsprechenden Programmes neben dem Gesundheitsministerium denn auch das Erziehungs- und Kulturministerium und die Verbände der Frauen und der Jugend. «Aus dieser Gruppe heraus ist schliesslich das Zentrum

den Rassismus. Schau mal, welches Bild die offiziellen USA in der Öffentlichkeit von den Arabern geschaffen haben, um sich danach die Rohstoffe arabischer Länder krallen zu können? Wir menschliche Wesen sind so unverantwortlich, diese Mechanismen immer wieder zu akzeptieren.»

Hier setzt die Arbeit des CENESEX bezüglich der Situation der kubanischen «LGBT» (Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen) ein.

Dialog ist fundamental

Es brauche immer noch einen gewissen Mut, sich in Kuba gegen die Diskriminierung der LGBT zu stellen, meint Mariela. «Die Vorurteile sind dermassen irrational, dass die Menschen komplett absurd reagieren.» Respektlosigkeit gegenüber den LGBT, aber auch gegenüber den Aktivistinnen, die sich für die Rechte dieser Menschen einsetzen, seien weit verbreitet. «Aber ich habe keine Angst», lacht Mariela. Sie sage immer: «Lasst



Mariela Castro Espín, Direktorin des Kubanischen Zentrums für Sozialerziehung CENESEX. Foto Schwander

CENESEX entstanden. Um in das nationale Budget aufgenommen zu werden, wurde es 1989 dem Gesundheitsministerium unterstellt.»

Hartnäckige Stereotypen

Aufgabe des CENESEX ist nicht zuletzt, die historischen und kulturellen Stereotypen von «Mann» und «Frau» zu bekämpfen, die zur Diskriminierung der Frauen geführt haben. «Es ist eine sehr revolutionäre Arbeit und geht Hand in Hand mit unserer Ideologie, welche sämtliche Formen von Diskriminierung zwischen Menschen eliminieren will.» Das CENESEX bietet wissenschaftliche Elemente, die den Menschen verstehen helfen, was die Sexualität ist, was es heisst, Mann oder Frau zu sein. «Wir hinterfragen das Design, das uns die kulturelle Entwicklung hinterlassen hat, dass die Frauen beispielsweise keine Seele haben, dass sie minderwertig, dass sie Hexen sind usw. Alle diese Stereotypen reproduzieren sich weltweit in der Moderne und der Postmoderne, dieselben Mechanismen, dieselben Vorurteile, die letztlich der Machterhaltung bestimmter Gruppen dienen.» Um zu einer wirklich tiefgreifenden Veränderung dieser Kultur zu gelangen, brauche es kulturelle, erzieherische und auch gesetzliche Massnahmen. «Sonst werden wir immer wieder dieselben menschlichen Tragödien erleben wie den Nazismus, die Fremdenfeindlichkeit,

uns darüber sprechen! Urteilt nicht über etwas das ihr nicht kennt. Lasst uns zusammensitzen und jeder legt seine Sicht auf den Tisch.» Nur im Dialog finde man Lösungen. Schon oft seien nach Vorträgen Leute auf sie zugekommen und hätten ihr gesagt: «Ah, jetzt versteh ich. Du hättest das schon lange mal am Fernsehen sagen müssen! Wenn ich das früher begriffen hätte, hätte ich euch von Anfang an unterstützt...» Der Dialog, so Mariela, ist fundamental.

Tiefgreifende Homophobie

Der Kampf gegen die soziale Diskriminierung, gegen Rassismus, gegen die Diskriminierung der Frauen war immer Teil der kubanischen Revolution. «Die homophoben Vorurteile jedoch waren derart tief verwurzelt in der Geschichte und der Kultur meines Landes, dass es lange kaum möglich war, dieses Thema anzupacken. Im Gegenteil: Die Vorurteile haben sich in den ersten Jahren der Revolution weiter reproduziert, in allen Entscheidungen, die gefällt wurden.» Man dürfe aber nicht vergessen, fügt Mariela an, dass damals weltweit die Homosexualität als psychische Störung betrachtet worden war, dass Therapien entwickelt wurden, um homosexuelle Menschen zu «heilen».

Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends habe die Diskriminierung von LGBT auf Kuba immer offener diskutiert werden können. «Damals wurde

ein Anstieg von AIDS-Kranken unter männlichen Homosexuellen verzeichnet. Zusammen mit andern Institutionen, die gegen die Diskriminierung ankämpfen wollten, haben wir uns diesen Umstand zu Nutzen gemacht, um durchzusetzen, dass wir mit den betroffenen Personengruppen arbeiten und gleichzeitig ihre Rechte zur Sprache bringen können.»

Seither hat sich einiges getan auf Kuba. «Tage gegen die Homophobie» wurden eingeführt – eine Art Christopher Street Day über mehrere Tage hinweg – Betroffene begannen sich zu organisieren. In der östlichen Stadt Santiago zum Beispiel gibt es seit 2003 die «Isabelas», eine Gruppe von Lesben und bisexuellen Frauen, in Havanna die «Oremi», was in der Sprache der Yoruba «Freundinnen» heisst, in Cienfuegos die Gruppe «Fenix». All diese Gruppen, so Mariela, sind mit dem CENESEX vernetzt. «Wir sehen uns als Vermittler, als Facilitatoren. Die einen Gruppen stossen wir selbst an, andere unterstützen und ermutigen wir in der Gründung. Gerade jetzt bildet sich mit unserer Hilfe in Havanna eine Gruppe von Eltern, von Vätern und

nommen hat, sei die Transsexualität zunächst vornehmlich aus dem gesundheitlichen Blickwinkel betrachtet worden. 2004 hätten sich Transsexuelle und Transvestiten aus Havanna beim CENESEX über die Behandlung durch Polizeikräfte beklagt. «Wir berichteten der Leitung der Kommunistischen Partei, was dieser Menschengruppe widerfahren war und schlugen eine Strategie vor, das Problem anzugehen. Gleichzeitig erklärten wir uns bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Wir erhielten grünes Licht.»

So hätten sie begonnen, sich integral mit der Transsexualität auseinanderzusetzen, also nicht nur auf der gesundheitlichen, sondern auch auf der sozialen, der gesetzlichen Ebene. «Bei uns entscheidet heute nicht der allmächtige Mediziner, ob ein chirurgischer Eingriff vollzogen wird. Dem Transsexuellen steht eine ganze Gruppe von Spezialisten aus verschiedensten Berufen zur Seite, die ihm helfen, herauszufinden, was er wirklich will, was er am meisten braucht. Er wird nicht als Kranker betrachtet sondern als Mensch, der innerhalb des staatlichen Gesundheitssystems eine spezialisierte gesundheitliche Versorgung benötigt, der Begleitung braucht, seine eigene Situation auszuleuchten und die Behandlung zu erhalten, die er will.» Dazu gehöre der kostenlose chirurgische Eingriff ebenso wie der gesetzliche Identitätswechsel auch ohne Operation. «Die spezielle Aufgabe des CENESEX ist die psychosoziale Begleitung, und zwar nicht nur des Transsexuellen sondern auch seiner Familie, seiner Umgebung, Aufklärungsarbeit überhaupt, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in den Schulen, bei der Polizei.» Gleichzeitig würde den Transsexuellen Weiterbildungen angeboten, um sie als Aktivistinnen für sexuelle Rechte zu gewinnen und ihre gesellschaftliche Position zu stärken.

«Einige von ihnen begleiten uns auf Kongresse, unterstützen uns in der Ausarbeitung von Dokumenten etc. Das ist das, was uns besonders interessiert: Dass sie Teil des Prozesses werden. Dass sie zu Kommunikatoren werden im Sinne etwa von Paolo Freire.»

Lobbyarbeit

Das kommende Jahr, so hofft Mariela, wird ein weiterer Sieg gefeiert werden können: Die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Paare. «Seit der Revolution sind bei uns Heirat und einvernehmliche Partnerschaft bei heterosexuellen Partnern gleichgestellt. Es gibt beispielsweise keine «unehelichen» Kinder. Wir verlangen nun dasselbe Recht auch für gleichgeschlechtliche Paare. Nur brauchen wir das Wort «Heirat» wegen des Widerstandes verschiedener Kirchen nicht, sondern sprechen von «gesetzlicher Vereinigung». Wir haben diesen Vorschlag zusammen mit andern emanzipatorischen Veränderungen des Familiengesetzes in unser Parlament, die Nationalversammlung der Poder Popular eingebracht und sind jetzt am Lobbyieren. Wenn wir durchkommen, gibt es ein grosses Fest!»

Die wirklichen Rebellen sind meine Eltern

Kein Zweifel, dass die 48jährige dreifache Mutter diese Lobbytätigkeit mit der gleichen liebenswürdigen Hartnäckigkeit vorantreiben wird, mit welcher sie bisher für die Rechte der LGBT eingestanden ist. «Ich habe mich nie zurückgehalten, schon von klein auf wusste ich meine Ansichten zu vertreten. Deshalb werde ich oft als Rebellin der Familie bezeichnet. Aber im Vergleich zu meinen Eltern bin ich eine ganz brave Person. Wenn ich jedoch von etwas überzeugt bin, trete ich auch ein dafür. Für mich ist das nicht rebellisch, sondern einfach nur kohärent.»

Umfassende Begleitung von Transsexuellen

«Noch heute wird im Handbuch der Psychiatrischen Gesellschaft der USA die Transsexualität als psychische Krankheit bezeichnet. Den Psychiatern gefällt das natürlich, weil sie den Transsexuellen weiterhin das Geld aus der Tasche ziehen können», spricht Mariela ein Thema an, für das sie sich besonders engagiert. Auch auf Kuba, das sich seit 1979 der speziellen Situation der Transsexuellen ange-



Söldner der berüchtigten Blackwater-Sicherheitsfirma. Foto inewscatcher.com

Auftragsmörder sind in der Schweiz nicht unwillkommen

Geht Basel über Leichen?

Die Bewahrung und Förderung des Friedens in der Welt ist in der Schweiz Verfassungsziel. Die Ansiedelung einer Firma, deren Geschäftszweck das Führen von Kriegen ist, steht dieser Verfassungsbestimmung diametral entgegen.

Von Heinz Moll

Hat die Schweiz überhaupt noch einen Ruf zu verlieren? Die Affäre um die nachrichtenlosen Bankkonten aus der Nazizeit brachte unser Land international in Verruf. Desgleichen die zusammengestohlenen und -geraubten Vermögen von Diktatoren wie Mobutu, Marcos und Abacha in den Schweizer Tresoren. Die kriminellen Praktiken der UBS namentlich in den USA überziehen das ganze Land mit einem Ludergeruch. Eine ganze Volkswirtschaft wird zur Geisel einer raffgierigen Geldfabrik.

Und jetzt auch das noch: Die Schweiz entwickelt sich mehr und mehr zum sicheren Hafen für einen ganz besonders widerwärtigen Wirtschaftszweig: Kriegsagenturen.

Der Bundesrat weiss Bescheid. Aber er macht seinen Job nicht. Die Kantonsregierungen wissen Bescheid. Aber sie tun ihren Job nicht. Die eidgenössischen Räte wissen Bescheid. Aber auch sie kommen ihrer Verantwortung nicht nach.

Dieser Tage ist durch einen Bericht der «Basler Zeitung» bekannt geworden, dass die britische Kriegsagentur AEGIS – sie ist die weltgrösste – sich mit einer neu gegründeten Holding in Basel niedergelassen hat. Sie beschäftigt rund 20 000 Söldner. AEGIS stellt Kampftruppen u.a. für die Angriffskriege gegen Irak und Afghanistan.

Diese empörende Nachricht hat mich bewogen, mich an den Basler Regierungspräsidenten zu wenden. Guy Morin unterhält auf facebook einen eigenen Auftritt. Nachfolgend das Protokoll (<http://www.facebook.com/Guy.Morin.Basel?v=wall&ref=notif>):

Geht Basel neuerdings über Leichen?
Da lässt sich, aus steuerlichen und atmosphärischen Gründen, eine ausländische Bude nieder, deren Geschäftszweck das organisierte Morden ist.
Und was tut die Regierung?
Man habe diese Kriegsagentur nicht aktiv nach Basel gelockt, lässt sie verlauten. Das ist alles.
Das ist der Hammer!

Vergessen wir Erasmus. Vergessen wir Thomas Platter. Vergessen wir Oekolompad. Vergessen wir Burckhardt, Jaspers, Barth. Vergessen wir alles, was Basel je des Erwähnens wert gemacht hat.
Geld stinkt doch nicht!

Kommt, seht das Blut in den Strassen, kommt, seht das Blut in den Strassen, kommt, seht doch das Blut in den Strassen!
(Pablo Neruda)

1912 – Les cloches de Bâle. 2010 – Die Schande von Basel.

Lieber Herr Moll, unser Wirtschaftsminister Christoph Brutschin hat klar und deutlich geäussert, dass wir im Rahmen der Ansiedlung von Firmen oder Holdings an die schweizerische Gesetzgebung gebunden sind. Die Firma Aegis wurde weder von der Wirtschaftsförderung noch vom Kanton angeworben. Kollege Brutschin wird sich beim Bund dafür einsetzen, dass der Bund die Kontrolle über Firmen im Bereich Söldner- und Sicherheitsdienstleistungen gesetzlich fest schreibt. Zusammenfassend zu Aegis könnte man sagen: We are not amused! Aber unsere Hände sind vorerst gebunden.
Freundlich
Guy Morin

Lieber Herr Morin, Ihre Auskunft ist einfach lätz. Die Hände der Regierung sind nicht gebunden. Jetzt muss politisch agiert werden – auf Kantonsebene und auf Bundesebene. Nehmen Sie einen Briefbogen zur Hand und schreiben Sie diesem deutschen Multimillionär in Binningen und dem Schweizer Multimillionär in London, dass die Anwesenheit ihrer Kriegsagentur in Basel unerwünscht ist. Ich liefere Ihnen bei Bedarf gerne eine Reihe stichhaltiger Argumente. Lassen Sie den Brief von allen Regierungsräten unterschreiben

– und machen Sie ihn publik. Die Wirkung wird nicht ausbleiben.

Ausserdem sollten Sie auf ein Eingreifen des Bundesrates hinwirken. Er hat das verfassungsmässige Recht – und auch die Amtspflicht –, Gefährdungen für unser Land abzuwenden. Dass in Zeiten der asymmetrischen Kriegsführung die Anwesenheit einer ausländischen Mordorganisation im Sicherheitsinteresse unseres Landes liegt, wird hoffentlich kein Mensch von Verstand behaupten wollen.

Die Bewahrung und Förderung des Friedens in der Welt ist in der Schweiz Verfassungsziel. Die Ansiedelung einer Firma, deren Geschäftszweck das Führen von Kriegen ist, steht dieser Verfassungsbestimmung diametral entgegen. Es widerspricht unserer ganzen Geschichte seit Marignano und unserer staatlichen Existenz. Es widerspricht dem Fühlen und Trachten unseres ganzen Volkes.

Eine weitere Duldung dieser schrecklichen Firma wäre ein grundfalsches Signal an die Welt.

«Das ist eben der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend Böses muss gebären.»

Wenn wir jetzt kein Halt gebieten, klopft mit demselben Recht morgen der neue Himmler und der neue Pol Pot an unsere Türe.

Protestnote

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB protestiert aufs Schärfste gegen die Niederlassung der Söldnertruppen-Firma Aegis Defence Services in Basel. Es ist bekannt, dass solche Kriegsunternehmen mit verabscheuungswürdigen Greueltaten riesige Gewinne machen. Dieses Mordergeschäft entzieht sich ausserdem jeglicher völkerrechtlichen Kontrolle. Die Standortzulassung solcher Unternehmen ist eine Schande für Basel und die ganze Schweiz. Es widerspricht unserer Neutralität, sowie allen humanitären und friedlichen Bestrebungen.

Schweizerische Friedensbewegung
Basel, 10. August 2010

Fassen Sie sich ein Herz. Geben Sie sich einen Schupf. Bereiten Sie diesem makabren Totentanz ein schnelles Ende. Ich flehe Sie an!
Gott segne Sie.

Lieber Herr Moll, der Regierungsrat hat gestern zum Thema Aegis beraten. Folgenden Beschluss können sie auch den Medienmitteilungen des Regierungsrates entnehmen (www.medienmitteilungen.bs.ch/2010-08-17-rrbs-005.htm): ...Der RR hat in einem Schreiben gegenüber dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) begrüsst, dass die Frage einer Regulierung bzw. Genehmigungspflicht im Umgang mit Unternehmen wie die Aegis Defence Services geprüft wird. Der Regierungsrat bittet das EJPD, diese Abklärungen möglichst rasch zum Abschluss zu bringen, damit der Handlungsbedarf und die allfälligen Massnahmen festgestellt werden können. Der Kanton Basel-Stadt wird dieses Thema zudem anlässlich der Herbstversammlung der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren aufnehmen. (Auskunft: Regierungsrat Christoph Brutschin, Vorsteher Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Tel. 061 267 85 41)
Dazu hat der RR das JSD beauftragt zu prüfen, welche Gesetzgebungs- und Regulierungskompetenz die Kantone zum Themenbereich Sicherheits- und Söldnerfirmen haben.
Sie sehen, wir sind nicht untätig und nehmen ihr Anliegen ernst.
Freundlich
Guy Morin

Da kann man nur hoffen, dass die Regierung noch einen zweiten Briefbogen vorrätig hat.

Politisch schwach

Die knieweiche Haltung der Basler Regierung vermag nicht zu überzeugen. AEGIS generiert Milliardenumsätze und realisiert Jahresprofite von mehrerer Hundert Millionen Franken. Gemäss eigenen Angaben wählte die Kriegsfirma die Schweiz aus steuerlichen Gründen sowie wegen des generell freundlichen politisch-wirtschaftlichen Klimas zu ihrem Holdingdomizil. AEGIS ist ja nur die vorläufig letzte einer ganzen Reihe dieser unmoralischen Unternehmen, die sich mit allem Bedacht in der neutralen Schweiz niedergelassen haben. Vom Kaliber her ist sie allerdings mit keiner andern Blutfirma zu vergleichen.

Bundesrat, Kantonsregierungen und eidgenössische Räte wissen seit Dezember 2005 genau Bescheid über die Krux mit den ausländischen Kriegsagenturen. Der Bundesrat hatte auf diesen Zeitpunkt hin einen Expertenbericht erstellen lassen – in Erfüllung eines Postulates des Thurgauer Ständerates Philipp Stähelin (CVP) aus dem Jahr 2004.

Der Bericht wälzt die Verantwortung für die Aufsicht über die Kriegsagenturen auf die Kantone ab – formaljuristisch diskutabel, aber politisch ausgesprochen schwach, um nicht zu sagen feige. Kurioserweise listet der Bundesrat gleichzeitig aber fünf Verfassungsbestimmungen auf, die ihm eigenes Handeln erlauben bzw. nahelegen. Weshalb tut er es denn nicht? Diese Frage bleibt im Bericht unbeantwortet.

Offenkundig hat das Aussendepartement sehr starken Einfluss genommen. Das entspricht ganz der Politik der letzten Jahre. Das EDA nimmt die Dienste privater ausländischer «Sicherheitsfirmen» ja selber stark in Anspruch.

Im vergangenen März war im Nationalrat eine Motion von Evi Allemann (SP/BE) deutlich gescheitert. Der Vorstoss (2008 eingebracht) woll-

te Militärfirmen einem Zulassungssystem unterstellen. Die SP-Politikerin will ihren Vorstoss nach der jüngsten Erfahrung ein zweites Mal einbringen. Eine analoge Intervention stellte auch der Basler Nationalrat Peter Malama (FDP) in Aussicht. Ob er daran festhält, nachdem seine Basler Parteisektion ihn in die Bundesratskür schickt? On verra. Für ein gänzliches Verbot von Kriegsfirmen sprechen sich hingegen die grünen Ratsmitglieder Jo Lang (ZG) und Geri Müller (AG) aus.

In Kürze

Psy-Ops zu negativ

Wilmington, USA. Die US-amerikanische Armee ändert den Namen für ihre Operationen psychologischer Kriegsführung. Da der bisherige Name «psychologische Operationen» oder kurz «psy-ops» zu negativ klinge, habe man eine neutralere Bezeichnung gewählt, berichten US-Medien. In Zukunft sollten die Operationen zur Manipulation der Bevölkerung unter dem wenig sagenden Begriff der «Military Information Support Operations» (MISO) laufen.

Die Streitkräfte der USA nutzen verschiedenste Methoden der psychologischen Kriegsführung gegen Länder und Armeen, die sie als feindlich einstufen. Sie verfolgen das Ziel, die Meinung ganzer Bevölkerungsgruppen zugunsten der US-Politik zu verändern. Bekannte Beispiele für psy-ops sind der Vietnam-Krieg und der Kampf der USA gegen die sandinistische Revolution in Nicaragua in den 1980er Jahren. Auch gegen die aktuellen politischen Veränderungsprozesse in Lateinamerika setzen die USA psychologische Operationen ein, so zum Beispiel gegen Venezuela. (*jkue/a21*)

Kuba bildete über 8500 Ärzte aus

Havanna. Über 8500 Nachwuchsärzte aus 54 Ländern – einschliesslich den Vereinigten Staaten von Amerika – wurden in den vergangenen sechs Jahrgängen an der lateinamerikanischen Schule für Medizin (ELAM) in Havanna ausgebildet. Das erklärte der Rektor dieser Medizinhochschule, Juan Carrizo, gegenüber der staatlichen kubanischen Nachrichtenagentur AIN. Allein in diesem Jahr würden 400 junge Ärzte aus 40 Nationen ihre Ausbildung an der ELAM abschliessen. Sie könnten in ihre Länder zurückkehren, um beim Aufbau der Gesundheitssysteme zu helfen.

Die ELAM wurde auf Initiative des damaligen Staats- und Regierungschefs Fidel Castro nach den verheerenden Wirbelstürmen George und Mitch gegründet, die 1998 mehrere Staaten Mittelamerikas schwer trafen. In Havanna werden seither Mediziner aus Staaten der so genannten Dritten Welt ausgebildet, um in ihren Ländern die medizinische Versorgung zu verbessern. Unter den Abgängern befinden sich auch zahlreiche Ärzte aus den USA, die in Armenierteln arbeiten wollen. (*hneu/AIN*)

IKRK in Medellin

Bogotá. Erstmals will sich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in einen Konflikt um die städtische Kriminalität in Kolumbien einbringen. Nach einem Bericht der Organisation über den Bandenkrieg in dem südamerikanischen Land entschied das IKRK, eine Mission in die zweitgrösste Stadt, Medellin, zu entsenden. Aufgabe solle es sein, zwischen den bewaffneten Akteuren, den staatlichen Institutionen und der Bevölkerung zu vermitteln. Für die Bewohner der betroffenen Gebiete sei ein humanitärer Aktionsplan ausgearbeitet worden. (*PL/amerika21.de*)

Aufmarsch – Die rechte Gefahr aus Osteuropa

Extreme Rechte rückt vor

Rechtsextremes Gedankengut wird in Osteuropa salonfähig. Ein Buch versucht zu erklären, wie es dazu gekommen ist.

Von Antoinette Mächtlinger

«Ungarn-Krise – Der Premierminister ist auf Konfrontationskurs mit dem IWF und der Europäischen Union», titelt der «Bund» am 22.Juli 2010. Und die NZZ berichtet am 27.Juli unter dem Titel «Umstrittenes Mediengesetz – Ungarns Ministerpräsident Orban erweitert seine Machtbasis», dass das ungarische Parlament im Eilverfahren den ersten Teil einer neuen Gesetzgebung beschlossen hat, die die staatlichen Medien unter Kontrolle stellt. Der zweite Teil, der im Herbst verabschiedet wird, nimmt die privaten Medien ins Visier. Das Gesetz verpflichtet die Medien, die «nationale Identität» zu stärken; das Strafgesetz für «falsche» Berichte wird verschärft. Diese Strafgesetznorm soll künftig auch Blogs privater Autoren erfassen. Die Opposition kann angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament nichts ausrichten.

Wie konnte es so weit kommen?

Bernhard Odehnal, der als Tages-Anzeiger-Korrespondent für Osteuropa schon seit Jahren vor den Gefahren des Rechtsextremismus in dieser Gegend warnt, hat zusammen mit seinem Kollegen Gregor Mayer («Der Standard», dpa) ein Buch herausgegeben, das die Entwicklung nachzeichnet (siehe Kasten).

An den Beispielen Ungarn, Tschechien, Slowakei, Kroatien, Serbien und Bulgarien wird aufgezeigt, aus welchen Wurzeln der Rechtsextremismus sich nährt, welche politischen und sozialen Bedingungen ihm förderlich sind, welche Einflüsse von aussen kommen, welche Gefahren lauern. Als Quellen dienen nicht nur die üblichen Recherchen, sondern auch jahrelange direkte Beobachtungen und ausführliche Interviews mit Insidern. Das Buch ist mit Fotos und einem reichhaltigen Apparat ausgestattet. Es zeigt sich, dass die Entwicklung in allen untersuchten Ländern nach einem ähnlichen Muster verläuft. Es ist ein erschütterndes Panorama. Da Nationalismus und Rassismus in Ungarn äusserst bedrohliche Formen angenommen haben, werden wir uns auf dieses Beispiel konzentrieren.

Wurzeln des Nationalismus in Ungarn

Fangen wir bei Trianon an. Es gibt natürlich, wie in jeder Nation, noch viel ältere Erzählungen, aber der Vertrag von Trianon (1920) ist «die Chiffre für die nationale Katastrophe»: Zwei Drittel seines Vorkriegsterritoriums werden dem Land aberkannt, 3,2 Millionen Ungarn werden vom Mutterland abgetrennt. Nach bewaffneten Auseinandersetzungen reisst Miklos Horthy (1868-1957) die Macht an sich und macht die «Revision des Schandvertrags» zur Maxime seiner Aussenpolitik. Im Innern gelten schon ab 1921 «Judengesetze». Ungarn wird zum treuen Verbündeten von Nazi-Deutschland und macht alles mit, vom Überfall auf Jugoslawien und die Sowjetunion bis zu den Judenverfolgungen. Dabei tut sich die faschistische Partei der Pfeilkreuzler hervor. Diese Saat kommt in der Zeit des Sozialismus 1945-1989 nicht zum Spriessen, wird aber in geheimen antikommunistischen Kreisen weiter gepflegt, und treibt nach 1989 schnell giftige Blüten.

Solange die Wirtschaft einigermaßen funktioniert, wird dieser Gefahr kaum Beachtung geschenkt. 1998 wird der heutige Ministerpräsident

Viktor Orban schon einmal für vier Jahre gewählt. Dazu der Autor: «Tabubrüche, die dem Rechtsextremismus den Boden bereiteten und rechtsextremes Gedankengut salonfähig machten, hatten die gesamte Regierungszeit Orbans gekennzeichnet.» Aber auch die sozialistisch-liberalen Regierungen versagen. Demokratieverdrossenheit macht sich breit. 20 Jahre nach dem Mauerfall stellt eine Studie des US-Meinungsforschungsinstituts «Pew Research Center» fest, dass 72% der Ungarn glauben, dass es ihren Landsleuten unter dem Kommunismus besser gegangen sei. Die wirtschaftliche Lage ist besorgniserregend. Odehnal: «Die Mehrheit der Ungarn ist frustriert, gelähmt und fürchtet sich vor dem sozialen Abstieg. Autoritäre Sehnsüchte nehmen zu. Vorurteile gegen Roma und Fremde halten sich auf hohem Stand. Im Alltag greifen rüde Umgangsformen um sich. Die politische Sprache ist verlottert, die politischen Eliten sind korrupt und visionslos.» Aus der lustigsten Baracke, zitiert der Autor, sei das traurigste Shoppingcenter geworden.

Die Roma und die Jobbik-Garden

«In Nordost-Ungarn und in anderen ländlichen Gebieten leben viele Menschen in tiefer Armut. Im grössten Elend leben die Roma, die praktisch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben und deren Kinder häufig in Sonderschulen für geistig Unterentwickelte abgeschoben werden. Etliche von ihnen gehen – wie dies in ausgegrenzten, von jeder Entwicklung abgekoppelten Bevölkerungsschichten eben häufiger als im Durchschnitt vorkommt – einem kriminellen Lebenswandel nach.» (S.54) Die «weisen» Nachbarn, deren Lebensgrundlage oft ebenfalls ins Rutschen geraten ist, fühlen sich bedroht. Das ist der Humus, auf dem die Jobbik-Partei gedeiht.

Die Jobbik («Rechte Jugendgemeinschaft») wird 1999 von rechtskonservativen Studenten gegründet, formiert sich aber erst 2003 als Partei. 2007 gründet sie medienwirksam die «Ungarische Garde», eine paramilitärische Organisation, deren Uniformen und Rituale denen der Pfeilkreuzler nachempfunden sind. Die Garde wird verboten und wiedergegründet. In der Nacht vom 22. zum 23. Februar 2009 werfen Jobbik-Sympathisanten einen Brandsatz auf das Haus einer Roma-Familie und schiessen auf die Fliehenden; sie töten den Vater und den fünfjährigen Sohn. Dies ist ein Beispiel; es ist leider längst nicht das einzige in diesem Buch.

Viktor Orbans FIDESZ und die Jobbik

Im Juni 2009 feiert die Jobbik ihren ersten Wahlsieg: bei den Wahlen zum Europaparlament erhält sie aus dem Stand 14,8% der Stimmen.

Es ist ein Rechtsausen-Erdrutschsieg: Viktor Orbans FIDESZ-Partei räumt gar 56,4% der Stimmen ab. Schon Ende der 1990er Jahre hat Orban damit begonnen, unter dem Motto «Ein Lager, eine Fahne!» eine Art rechte Volksfront zu organisieren, die mit Hilfe der Jobbik nun weiter ausgebaut wird. Die ideologische Offensive erreicht Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Schulen, Justiz, Musik- und Fussballszene, ja sogar feministische Kreise. Die Drahtzieher und ihre Machenschaften werden von unsern Autoren einzeln vorgestellt. Es ist keine angenehme Lektüre. Es ist eine Lektüre, die aufrütteln soll.

Tschechien, Slowakei....

Auch die weiteren Kapitel, die wir hier leider nicht ausführlich berücksichtigen können, sind sehr informativ. So wird etwa aufgezeigt, wie in Tschechien durch Immobilienspekulation über 300 Roma-Gettos entstehen, und wie eine von Rechtsextremen inszenierte Strassenschlacht auf 1000 Teilnehmer anwächst und die Behörden überfordert. Im Kapitel über die Slowakei gewinnt man in einem eindringlichen Interview Einblick in das Gedankengut eines Führers der rechtsextremen «Slowakischen Gemeinschaft». Über den langjährigen ehemaligen Präsidenten Kroatiens, Franjo Tudjman, erfahren wir, dass er in seinem 1981 in den USA erschienenen Buch schon mit dem Gedanken spielte, den muslimisch-kroatischen Teil aus Bosnien herauszubrechen. Im Kapitel über Serbien, wo die rechte Bewegung traditionell und aktuell nicht so stark ist, wird die Rolle der Kirche hervorgehoben. Aus Bulgarien wird der Gründer einer nationalistischen Bewegung zitiert, der gern Christoph Blocher kennenlernen würde, dessen Werke er studiert habe.

Aktuelles zum Thema

Bernhard Odehnal vertieft in einem Artikel im «Bund» vom 25.8.2010 seine Analyse der Gefahren doppelter Staatsbürgerschaft, wobei er aufzeigt, wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien «ihren» Minderheiten in Nachbarländern ihre Staatsbürgerschaft anbieten, und wie auf diesem Weg mehrere Millionen Menschen zu EU-Bürgern werden könnten. Auch auf diesem Gebiet hat die Orban-Regierung mit ihrer Idee von einem ungarischen «Karpathenbecken» schnell gehandelt: Ab 1.1. 2011 können Angehörige der ungarischen Minderheit in den Nachbarländern die ungarische Staatsbürgerschaft beantragen. Diese ist vor allem für die 300000 Ungarn in der serbischen Vojvodina und die 150000 in der Westukraine interessant.

In der selben Ausgabe des «Bund» befasst sich George Soros, ausgehend von der Abschiebung der Roma in Frankreich, mit deren Situation in Europa. Unter dem Titel «Die Not der Roma spricht europäischen Werten Hohn» fordert er Europa auf, sich der grössten ethnischen Minderheit anzunehmen: «So werden bis 2020 in Ungarn ein Drittel aller in das Arbeitsleben eintretenden Personen junge Roma sein. Europa kann sich eine weitere verlorene Generation nicht leisten. Das ist eine Frage der Menschenrechte und der Grundwerte und von entscheidender Bedeutung für den Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaften in ganz Europa.»



(Mayer/Odehnal: Aufmarsch. Die Rechte Gefahr aus Osteuropa. Mit einem Geleitwort von Paul Lendvai. Residenz Verlag 2010)



2001 fanden in Algier die ersten und bisher letzten Weltjugendfestspiele auf dem afrikanischen Kontinent statt. Foto Ernesto Mastrascusa (jr)

An die Jugendlichen und Studierenden der Welt

Auf nach Pretoria

Vom 13. – 21. Dezember 2010 werden sich im südafrikanischen Pretoria Jugendliche aus aller Welt zu den 17. Weltjugendfestspielen treffen. Auch in der Schweiz ist ein Komitee daran, Interessierte zu sammeln und eine eigene Delegation zusammenzustellen (info@kommunistischejugend.ch). Wir publizieren nachfolgend auszugsweise den internationalen Aufruf zum Festival.

Die Jugend war stets eine treibende Kraft für die Entwicklungen der Gesellschaften. Mit der eigenen Kreativität, dem Wille zu Veränderung, Umgestaltung und Stärke, ist der Kampf der Jugend um Freiheit, Frieden und soziale Umgestaltung, um das Recht auf Bildung, Arbeit, demokratische Mitgestaltung, immer bedeutender Teil des allgemeinen Kampfes um eine gerechte und friedliche Welt. Das war so in der Vergangenheit und zeigt sich heute in den grossen Demonstrationen der Studierenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern und Jugendlichen im Allgemeinen, welche die Avantgarde bilden im Kampf gegen Ausbeutung, Demokratieabbau, imperialistische Ausbeutung der Ressourcen, Rassismus, Geschlechterdiskriminierung, Kolonialismus, Faschismus, Militärinterventionen und Krieg, im Kampf um das Überleben der Menschheit. Wir fordern die Jugend auf, diese Kämpfe fort zu führen.

In dieser Zeit, da der Imperialismus die Welt dominiert, im Rahmen einer der schwersten strukturellen Krisen des kapitalistischen Systems, verschlimmert sich die Situation der Jugendlichen. Dies ist sehr klar zu sehen in der steigenden Zahl erwerbsloser Jugendlicher und junger Arbeiter in prekären Beschäftigungsverhältnissen, während die Gewinne der grossen Konzerne stets anwachsen. Jeden Tag wehren sich mehr Menschen, in allen Ländern. Sie wehren sich dort, wo die Jugendlichen und Völker die Opfer des Imperialismus sind eben so mutig wie dort, wo die Länder unter Sanktionen, Blockaden und Besatzungen leiden.

Die Krise zeigt die historischen Grenzen dieses Systems auf und belegt ein wachsendes Potential für stärkere Kämpfe dagegen und Chancen für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in unserer Welt. Wir rufen alle Jugendlichen auf sich in unseren Kampf gegen die Ausbeutung der Völker, für eine Befriedigung der echten Bedürfnisse der Menschen einzureihen.

(...) Mit der Stärkung imperialistischer Strukturen wie der NATO, der EU, der AFRICOM und anderer Organisationen einhergehend, agiert der Imperialismus täglich aggressiver gegen fortschrittliche, demokratische und kommunistische Organisationen, was uns dazu zwingt, unseren Kampf um Frieden zu intensivieren. Der Anstieg militärischer Angriffe und Provokationen auf fortschrittliche Regierungen und Völker Lateinamerikas und der Karibik, die Verfolgung (...)

der fortschrittlichen und anti-imperialistischen Bewegung und Jugendorganisationen in Osteuropa, die Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus, (...) die Verbrechen gegen das palästinensische Volk und seiner Jugend durch die zionistisch-israelische Besatzung (...) die Unterdrückung indigener Völker, sind Beispiele unter vielen mehr, welche zeigen, dass der Versuch des Imperialismus, demokratische Rechte zu beschneiden, kein auf ein einzelnes Land reduziertes Phänomen ist, sondern vielmehr Schlüsselstrategie der imperialistischen Offensive bedeutet.

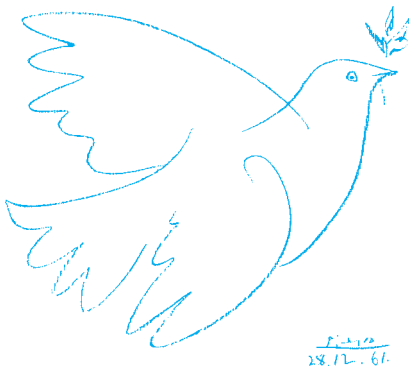
Die Jugend kämpfte, kämpft und wird weiter kämpfen, für öffentliche, kostenlose, hochwertige und demokratische Bildung, für das Recht auf Arbeit inklusive aller Arbeiterrechte, für demokratische Rechte, für das Recht auf kostenlosen unbegrenzten Zugang zu Gesundheit, Sport und Kultur, für den Schutz der Umwelt, für Souveränität, für ein anständiges Leben, für Freundschaft und Solidarität und Frieden, zusammen mit allen Völkern der Erde. Es gibt keine imperialistische Kampagne, kein anti-wissenschaftliches Schulbuch, keine Kulturindustrie, kein nationalistisches Gefühl, kein rassistisches Vorurteil (...), keinen ethnischen oder religiösen Konflikt, der jemals die Jugend und die ArbeiterInnen abhalten können wird, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu kämpfen und zu siegen!

Verabschiedet vom Ersten internationalen Vorbereitungstreffen im April 2010 in Caracas, Venezuela.

Die Kampagne Olivenöl feiert

Am Samstag, den 30. Oktober 2010 findet im Pfarreizentrum St. Anton in Zürich ab 16 Uhr die öffentliche Veranstaltung zur 10. Kampagne Olivenöl statt, mit Informationen und Debatten, Essen und Trinken. Als Referenten eingeladen sind der PLO Botschafter in Berlin Salah Abdel Shafi, ein Mitglied von Jstreet aus den USA, der ehemalige Nahost-Korrespondent der NZZ Viktor Kocher, sowie ein Vertreter der landwirtschaftlichen Partnerorganisation PARC. Es lohnt es sich, den Abend zu reservieren. Die Kampagne Olivenöl freut sich auf viele Gäste!

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare
«UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:



Der Basler Orthopädist Dr. med. Daniel G. Hueskes und sein vietnamesischer Patient Jang. Foto zvg

Arzt hilft Vietnams Kindern auf die Beine

Dioxin-Spätfolgen

Jedes Jahr kommen in Vietnam 3500 Kinder zur Welt, die durch Entlaubungsmittel aus dem Vietnamkrieg unter Geburtsgebrechen leiden. Der Orthopädist Daniel Hueskes und der Orthopäde Claude Müller helfen der kriegsversehrten Bevölkerung, die Spätfolgen von Agent Orange zu überwinden.

Von Pieter Poldervaart

Kinder haben es dem Orthopädisten Daniel Hueskes angetan. Schon in den Sechzigerjahren behandelte der gebürtige Deutsche in Berlin jene Kinder, die als Folge des Arzneimittels Contergan mit verkrüppelten Gliedmassen zur Welt kamen. Vor sieben Jahren erhielt er eine Anfrage der Organisation Green Cross: Ob Hueskes bereit wäre, abzuklären, ob und wie jenen Kindern zu helfen sei, die jedes Jahr mit Fehlbildungen der Gliedmassen in Vietnam geboren werden. Denn auch 35 Jahre nach Ende des Vietnamkriegs leiden im kommunisti-

schen Land 3500 Neugeborene an Klumpfüssen, deformierten Rücken oder fehlenden Armen und Beinen. Ursache ist das Dioxin im Entlaubungsmittel Agent Orange, das die USA im Kampf gegen den Vietcong einsetzten und das bis heute im Nahrungskreislauf nachzuweisen ist.

Prothesen-Recycling

Hueskes, der kurz vor der Übergabe seines Geschäfts in der St.Johanns-Vorstadt an seinen Sohn Benjamin stand, sagte zu, reiste nach Hanoi und von da weiter in den Norden. «Wir behandelten 21 Kinder, sieben davon

operierten wir – doch ich wusste, wir müssen wiederkommen.» Die Bestandsaufnahme kostete Hueskes gut 20000 Franken, die er aus dem eigenen Sack bezahlte – wie auch die Reisen, die er inzwischen alle sechs Monate unternimmt. Die Spenden fließen in die Herstellung neuer Arme, Ober- und Unterschenkelprothesen vor Ort: letztere etwa kommt in Fernost auf 350 statt auf 4000 Franken in der Schweiz zu stehen.

Zu den immer neuen Fällen kommt die Erschwernis, dass Prothesen laufend dem Wachstum der Patienten angepasst werden müssen. Doch wegge- worfen wird nichts, die Qualitätsware wird jeweils einem neuen Patienten angepasst. Und Prothesen werden nur gesprochen, wenn sichergestellt ist, dass alle anderthalb Jahre neue Prothesen finanzierbar sind, bis der Patient ausgewachsen ist.

Hochwasser-Operation

Die Provinz Tuyen Quang, wo das Rehabilitationszentrum steht, gehört zu den ärmsten Gegenden des Landes. Die Menschen leben ausschliesslich von der kargen Landwirtschaft. Das Auskommen reicht zum Überleben, doch eine medizinische Behandlung für ein Kind ist unerschwinglich. Entsprechend fatal ist es, wenn ein Kind mit Deformationen zur Welt kommt – es ist ihm unmöglich, einen normalen Beruf zu erlernen und selbst einmal Familie zu haben. Doch Hueskes und seine Arztkollegen Niklaus Friedrich und Claude Müller möchten nicht als weisse Engel erscheinen, wenn sie im Behandlungszentrum Thai Nguyen auftauchen, sondern sie wollen vor allem ihr Wissen weitergeben. Operiert wird immer gemeinsam mit einheimischen Ärzten, die anschliessend die Eingriffe an anderen Kindern umsetzen – beim jeweils nächsten Besuch besprechen die Schweizer die Behandlungserfolge. Darüber hinaus doziert Hueskes bei jeder Reise eine Woche an der Universität vor Hanoi am Vietcot, dem Trainingszentrum für Orthopädietechniker. «Ziel ist, dass mittelfristig die Vietnamesen Diagnosen und Operationen selbst übernehmen können», so der umtriebige 66-Jährige. Zumindest mit der Herstellung der Prothesen aus einem wasserabweisenden Thermoplast funktioniert das, wobei auf robuste Technologie geachtet wird. «Elektronik bringt wenig in einem Land, wo wir auch schon mit 40 Zentimetern Wasser im OP arbeiten mussten», so Hueskes.

Endlich greifen können

Ein Beispiel, wie die Basler Ärzte helfen konnten, ist Vu Dink Son. Der heute zwölfjährige Knabe wurde mit zusammengewachsenen Zehen und Fingern geboren, was viele Tätigkeiten verunmöglichten. Vor zwei Jahren nun operierte ihn Claude Müller. Ziel war, aus den unförmigen Händen eine Art Daumen zu formen. Während die Verantwortlichen bei den Füssen noch zuwarten, weil ein Heilungserfolg unsicher ist, gelang das Unterfangen bei den Händen: Heute ist Vu Dink Son in der Lage, selbst zu greifen, zu essen oder etwa zu sticken und so seinen Lebensunterhalt zumindest teilweise selbst zu bestreiten.

6000 mal Dioxin versprüht

Bis heute werden in Vietnam offiziell 3500 Kinder mit zum Teil schwersten Deformationen geboren. Die Ursache liegt im Versprühen von Entlaubungsmittel durch die US-Armee während des Vietnamkriegs, insbesondere in den Jahren 1967 und 1968. Helikopter und Flugzeuge flogen über 6000 Einsätze, in denen sie die dioxinhaltige Substanz versprühten, um versteckte und Versorgungswege des Vietcong aufzuspüren, andererseits, um eigene Militärbasen zu bauen. Bekannt sind auch Einsätze, um Ackerflächen unfruchtbar zu machen. Auch 35 Jahre nach Ende des Vietnamkriegs bleiben die Substanzen im Nahrungskreislauf und führen zu schweren Missbildungen, insbesondere Lippen-Kiefer-Gaumenspalten, Klumpfüssen und Immunschwächen. (P.P.)

«Mit Kraft siegen»

Improvisation war auch gefragt, als im April 2007 der damals 18-jährige Jang ins Behandlungszentrum gefahren wurde. Ihm fehlten Arme und Beine – Hueskes entschied sich, als erstes Beinprothesen herzustellen. Damit der junge Mann endlich auch selbst essen und schreiben kann, passte ihm der Orthopädist 2008 einfache Greifhilfen an, die er in den Sechzigerjahren für die Contergan-Kinder entwickelt hatte. Und für eine Hochzeit passte das Ärzteteam vorübergehend kosmetische Armprothesen an, um der Familie ein unbeschwertes Festen zu ermöglichen. Hueskes kramt aus einem blauen Ordner den handgeschriebenen Brief Jangs hervor, in dem sich dieser in rührenden Worten für sein «neues Leben» bedankt. Heute verdient der früher komplett von Dritten abhängige Jugendliche als

Verkäufer von Telefonkarten seinen eigenen Lebensunterhalt. Doch neben dem Arbeitsplatz, der ihm Bestätigung und Einkommen bringt, ist Jang das Glück auch in der Liebe hold: Nachdem eine Zeitung über das zweite Leben des früher vollständig auf Hilfe Angewiesenen berichtete, meldete sich eine junge Frau bei ihm. Aus dem Kontakt wurde eine Ehe, im Frühling kam der erste, kerngesunde Sohn zur Welt. Die glücklichen Eltern nannten ihn Pham Quet Thang, zu deutsch «mit Kraft siegen».

Spenden

Für Spenden: Green Cross,
Zürich, Postkonto 80-576-7,
Code 258 023 «Vietnam».

21. September

Internationaler
Tag des Friedens

«Gesundheit
braucht Frieden»

Podiumsdiskussion mit
Prof. Dr. med. Andreas Nidecker, IPPNW
Dr. med. Martin Herrmann, mediCuba Suisse
Jochi Weil, medico international schweiz / CSS Zürich
Dr. med. Daniel G. Hueskes, «Den Kindern eine Chance geben»

Dienstag, 21. September 2010
19.30 Uhr, Volkshaus, Basel

Schweizerische Friedensbewegung SFB